

b unabhängige bauernstimme



Gentechnik: Mit Risiken und Nebenwirkungen

Gentechnik:

Tote Ratten, Glyphosat und Patente sind nur drei Nebenwirkungen der Gentechnik. Gerungen wird in wissenschaftlichen und politischen Debatten auch gegen die Abhängigkeit der Landwirtschaft von Konzernen. Dazu der Kommentar auf Seite 2 und die Seiten 12-13.

Milch:

Wenig Konkretes auf der Agrarministerkonferenz, die Milchviehhalter sind verärgert. Doch wo soll es hingehen? Gedanken und Forderungen zum Milchmarkt und den Betriebsstrukturen und die bundesweite BDM Aktion auf den Seiten 6 und 7.

Tierhaltung:

Das neue Arzneimittelgesetz bringt Änderungen und Aktionismus gegen Antibiotikaberger. Wirklich etwas bringen würde eine Neuausrichtung der Tierhaltung. Über die Umsetzung von mehr Tierschutz im Stall ringen Viele auf den Seiten 3 und 16.

Die Seite 3

Arzneimitteldaten für den Überblick – und dann? 3

Agrarpolitik

Direktzahlungen nicht mehr mit der Gießkanne 4

GAP für Entwicklungsländer 5

Milch

Die Interessen werden immer verschieden sein. 6

40 Cent für Grundmenge. 6

Prognose zahlt keine Rechnung. 7

Bewegung

Bäuerliche Bewegung im Norden. 8

Ungleiche Partner 8

Verpächter Kirche an den Taten messen 17

Reden ist schon Gold 17

Märkte

Vorgetäuschte Gemeinnützigkeit. 10

Mit Tierschutz punkten, ihn versilbern oder vergolden? ... 16

Schwerpunkt

Keine Zweifel erlaubt. 11

Keine Akzeptanzbeschaffung für Gentechnik an Schulen! .12

Harmloses Wundergift überall 13

Tomatenpatent auf dem Prüfstand. 14

Nachbau

Die Saat aufgehen lassen 15

Leguminosen

Zurück in die Zukunft des Ackerbaus. 18

Weitere Themen

Ein Märchen, Seite 9; Landleben, Seite 19; Lesen, Seite 21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Inhaltsverzeichnis

Selten hat Krebs bei ein paar Ratten soviel Beachtung von Journalisten und Politikern bekommen. Aber wenn Wissenschaftler Kritisches zur Gentechnik veröffentlichen, erinnert die Reaktion manchmal an Religionsfragen im Mittelalter, so massiv wird dagegen angekämpft, was nicht sein darf. Gentechnik-Mais ist sicher – sagt die Europäische Lebensmittelbehörde (EFSA) seit zehn Jahren, sagte der ehemalige Verbraucher-Kommissar John Dalli, sagen etliche Forscher mit engen Beziehungen zur Gentechnik-Branche.

Die Veröffentlichung des französischen Forschers Seralini traf all die Anhänger der Gentechnik ins Mark. Bislang ergaben Fütterungsversuche mit Gentechnik-Pflanzen veränderte Blut- oder Leberwerte, das war besorgniserregend. Aber nun sind etliche der Ratten, die mit dem Gentechnik-Mais oder mit gewissen Rückständen des Herbizids Roundup gefüttert wurden, deutlich früher gestorben und hatten erhöhte Krebsraten als andere Tiere. Diese Ergebnisse müssen der jahrelange Alptraum der Gentechnik-Branche gewesen sein.



Kommentar

Tote Ratten
bremsen
Gentechnik

Schon am Tag der Veröffentlichung legten industrienaher Wissenschaftler mit ihrer gut orchestrierten Gegenkampagne los. Nahezu wortgenau wurde diese Kritik vom Bundesamt für Risikoforschung und auch von der EFSA wiederholt. Aber selbst das Bundesamt räumt ein, dass es die erste Studie ist, bei der tatsächlich das Herbizid Roundup in einem Langzeitversuch untersucht wurde. Also wurden die Langzeitwirkungen des weltweit am meist verkauften Herbizids bislang noch gar nicht umfassend bewertet. Bauern und Bäuerinnen sind gut beraten, gentechnikfrei zu füttern, heute landet der umstrittene Importmais ausschließlich in Futtertrögen.

Selbstverständlich ist die Studie von Seralini nicht perfekt. Aber wenn EFSA die gleiche Messlatte an all die Studien der Gentechnik-Industrie anlegen würde, gebe es wohl keine Zulassung für Gentechnik-Pflanzen in der Europäischen Union. Wie das Wissenschaftler Netzwerk ENSSER beschreibt, verfestigt sich der Eindruck, dass Studien, die keine Risiken von Gentechnik-Pflanzen finden, weniger streng bewertet werden, als Studien, die aufzeigen, dass Risiken bestehen könnten.

Die alarmierenden Ergebnisse sollten für Behörden, Politiker und Verantwortliche für Risikofragen kein Anlass für eine Glaubensschlacht sein. Seralinis Studie hat die Debatte gestartet, wie löcherig die momentanen Tests für mögliche Gesundheits- und Umweltgefahren der Gentechnik sind. Solange der Beweis aussteht, dass GVO-Mais sicher ist, sind die Importe von dem Mais Nk603 und seiner Kreuzungen nicht mehr vom Vorsorgeprinzip gedeckt.

Mute Schimpf,

Gentechnik-Campaignerin vom Umweltverband Friends of the Earth Europe

Gentechnik-kritische Berichterstattung ausgezeichnet

Naturarzneimittel-Hersteller Salus zeichnet seit 2010 jährlich journalistische Beiträge aus, die sich kritisch mit der Agro-Gentechnik auseinandersetzen. Das Preisgeld stiftet der Firmeninhaber Otto Greither, der sich damit an seinem 85. Geburtstag selbst einen Herzenswunsch erfüllt hat. In diesem Jahr hat die Jury einstimmig einen Sonderpreis für den Beitrag „Erfolglos, aber nicht folgenlos“ des Redakteurs der Unabhängigen Bauernstimme, Marcus Nürnberger, im kritischen Agrarbericht 2012 beschlossen. Nürnberger präsentiert „eine beeindruckende Übersicht über den aktuellen Stand der Gentechnik in den USA und Europa.“ Bemerkenswert fand die Jury vor allem seine „Fähigkeit, die komplexen Fakten trotz der großen Fach- und Sachkenntnis auch für den Laien interessant und verständlich aufzubereiten.“

cs

Impressum

**unabhängige
bauernstimme**

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
Claudia Schievelbein: 02381-492289
Christine Weißenberg: 02381-492210
Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung:
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 39,60 € jährlich, verbilligt auf Antrag 28,40 € jährlich

Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Arzneimitteldaten für den Überblick – und dann?

Eine Gesetzesänderung, die strukturelle Fragen vertiefen könnte

Vor dem inneren Auge erscheinen sofort lästige Formulare und Fristen, wenn die Rede ist von einer neuen Datenbank zur Erfassung des betrieblichen Antibiotikaeinsatzes in der Tiermast – so vorgesehen als Hauptneuerung im Entwurf des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMELV) zur Änderung des Arzneimittelgesetzes. Nach einigen Ergänzungen fiel dazu im September der Kabinettsbeschluss. Wenn es darum geht, den derzeit enorm hohen, aber offenbar mittlerweile auch gewohnten Antibiotikaverbrauch in der Tierhaltung zu reduzieren, dann scheint die Sammlung und Bewertung von Informationen aus den Betrieben notwendig, um in der Folge wirkungsvolle Maßnahmen zur Senkung des Einsatzes einzuführen. Diese Notwendigkeit, so haben viele Humanmediziner immer wieder deutlich gemacht, besteht aufgrund der verstärkten und für Menschen bedrohlichen Resistenzbildung von Krankheitserregern gegen Antibiotika. Vor allem der Nutztierbereich ist als Teil der Problemursache in das Sichtfeld der Öffentlichkeit gerückt; zumal in der Tiermedizin auch Reserveantibiotika zum Einsatz kommen, die in der Humanmedizin als spezifische Mittel für anderweitig resistente Keime benötigt werden.

Alarmierende Mengen

Mehr als das Doppelte der jährlich in Deutschland bei Menschen angewendeten Menge an Antibiotika kommt in der Nutztierhaltung zum Einsatz. Dies hatte eine im September veröffentlichte Auswertung des Bundesamts für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) von Verkaufsdaten der Pharmaindustrie aus dem Jahr 2011 ergeben: 1.717 Tonnen stehen da 816 Tonnen gegenüber. Die unbestritten bedenklich hohen Mengen sollten Warnung genug sein, dass diese wichtigen Medikamente mittlerweile allzu leichtfertig eingesetzt werden. Nach Erkenntnissen der aufsehenerregenden Antibiotikastudie des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) aus dem letzten Jahr werden 9 von 10 Masthähnchen in ihrem kurzen Leben von etwa 40 Tagen mindestens einmal mit Antibiotika behandelt. Mehr als 80 Prozent der Mastdurchgänge schaffen es nicht ohne antibiotische Mittel bis zum Schlachtermin. Besonders Bestandsbehandlungen, zu kurze Anwendungszeiten und Wirk-

stoffwechsel während einer Behandlung sowie der Gebrauch von Reserveantibiotika sind ein hohes Risiko für Resistenzbildungen.

Hehre Ziele

Das BMELV verspricht durch die geplanten Neuerungen eine „Absenkung der Anwendung von Antibiotika in der Tierhaltung, mehr Transparenz beim Einsatz von Antibiotika und die konsequente Ahndung von Verstößen“. Doch wie sieht es mit diesen drei Zielen bei genauerer Betrachtung der Vorschläge aus? Konkret wird eine Datenbank zur Therapiehäufigkeit in den Mastbetrieben vorgeschlagen, ausgewertet von den Veterinärämtern. Aus den betrieblichen Daten sollen zwei bundesein-

ggf. andere, geeignetere Maßnahmen anzuordnen.

Kritik an Ausgestaltung

Der Grünenabgeordnete des Bundestages Friedrich Ostendorff bezeichnet die Änderungen als reines Monitoring ohne handfeste Sanktionsmöglichkeiten. Auch das BMELV bestätigt, dass Anordnungen der Kreisveterinärbehörden, die über die aktuellen gesetzlichen Vorgaben hinausgehen, wie z.B. eine Verringerung der Tierzahl oder die Einrichtung eines Krankenstalls, nicht durchsetzungsfähig sein werden. Vor Probleme gestellt sieht sich in diesem Punkt auch Herr Dr. Fuchs aus dem Veterinäramt Vechta, wenn Anordnungen nicht befolgt werden oder nicht den gewünschten Effekt haben. Er er-

sich oft durch höhere Dosierung mit längerer Wirkungszeit aus.

Ebenfalls kritisiert wird die Wahl der Kennzahlen, weil sie sich nur auf die derzeitige Situation bezieht und kein konkretes Reduktionsziel beinhaltet. Nur die auffälligsten 25 Prozent der Betriebe müssen sich direkten Kontrollen durch ein Veterinäramt unterziehen.

Wert der Öffentlichkeit

Den Ansatz, eine behördliche, unabhängige Datenbank einzuführen, hält der Tierarzt Hendrik Eismann, der im Münsterland Bestandsbetreuungen bei Schweinen durchführt, für richtig. Er gibt zu bedenken: „Es braucht Druck von außen. Wir Tierärzte stehen mit den Bauern in wirtschaftlicher Beziehung. Ich würde mein Geld lieber mit Beratung verdienen als mit Arzneimitteln. Aber Vieles, was helfen würde, den Infektionsdruck zu senken, ist mit Kosten verbunden.“ Oft wären Investitionen in die Haltungsbedingungen notwendig und die Bestandsdichte im Stall müsste reduziert werden. Doch die Betriebe stehen unter enormem Kostendruck und so sind Antibiotika die günstigste Art, mit einem grundsätzlichen Problem umzugehen: Für eine artgerechte Haltung mit robusten Tieren und guter Betreuung, die Gesundheit erhält, statt sie durch Medikamente aufrecht zu erhalten, ist schlicht kein Geld vorgesehen im derzeitigen Lebensmittelmarkt.

Wohin schauen?

Mit Hilfe eines eigenen Vermarktungsprogramms geht es schon jetzt anders: Martin Steinmann, Leiter eines Neuland Schweinebetriebs, beschreibt sein „veterinärmedizinisches Konzept“: „Wir lassen die Schweine draußen rumlaufen, wo sie ständig Keimen ausgesetzt sind, während unsere konventionellen Kollegen versuchen, ihre Tiere möglichst von allem abzuschirmen.“ Die Fähigkeit der Schweine, Infektionen selbst abzuwehren, steht im Vordergrund. Wenn doch mal Tiere behandelt werden müssen, dann nur Einzeltiere. Sowa ist jedoch nur in einem überschaubaren Tierbestand möglich, in dem einzelne Tiere separiert werden können. Derzeit sieht es aber nicht danach aus, dass diese Erkenntnisse in die aktuellen Entscheidungen einfließen und die Mängel von gesetzlichen Mindestanforderungen thematisiert werden. Nur so aber würden die durch den Antibiotikaeinsatz verdeckten, tiefer liegenden Probleme der Tierhaltung offensichtlich. cw



Die Kunst des verantwortungsvollen Antibiotikaeinsatzes

May/pixelio

heitliche Kennzahlen veröffentlicht werden: Die erste markiert die Therapiehäufigkeit, über der 50 Prozent der Betriebe liegen, und die zweite bezeichnet den Punkt, den 25 Prozent der Betriebe überschreiten. Die Reduktionsmaßnahmen sehen für den ersten Fall einen schriftlichen Plan zur Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes durch den Tierhalter vor. Im zweiten Fall, also bei den Spitzenverbrauchern, soll der Plan in Zusammenarbeit mit dem Tierarzt entstehen und dem Kreisveterinäramt vorgelegt werden. Dieses ist befugt,

wartet dementsprechend Chaos und Auseinandersetzungen und merkt zudem an, es werde „sicherlich schwierig, allen Kontrollen in auffälligen Betrieben in einer so viehdichten Region (Raum Vechta) nachzukommen“. Die Fokussierung auf die Therapiehäufigkeit kritisieren sowohl Opposition und Ländervertreter als auch Verbände wie BUND und Tierschutzbund sowie der Bundesverband praktizierender Tierärzte (BpT): Ohne Zusatzinformation über die Dosis habe dieser Wert wenig Aussagekraft. Besonders neue Antibiotika und Reservemittel zeichnen

Direktzahlungen nicht mehr mit der Gießkanne

In Bundestags-Anhörung wirbt AbL-Vorsitzender für wirksame Qualifizierung, Wissenschaftler für Abbau. Rukwied: Ist schon alles „green“

In einer Anhörung des Bundestags-Agrarausschusses am 22. Oktober trafen die unterschiedlichen Positionen zur EU-Agrarreform deutlich aufeinander. Während sich der AbL-Vorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf und Lutz Ribbe von EuroNatur klar hinter den Reform-Ansatz der EU-Kommission stellten und eine konsequente ökologische und soziale Qualifizierung der Direktzahlungen forderten, stellten der Präsident des Deutschen Bauernverbands (DBV) Joachim Rukwied, Dr. Volker Petersen vom Raiffeisenverband (DRV) und

schläge der EU-Kommission zur Anbindung der Zahlungen an soziale und ökologische Kriterien als sinnlos abzutun. „Jetzt, wo die EU-Kommission erstmals unsere Vorschläge zur Qualifizierung der Direktzahlungen im Ansatz aufgenommen hat, melden sich Einige zu Wort und sagen: So wie die Kommission es vorschlägt, würde kaum etwas für die Umwelt erreicht. Aber anstatt sich dann unserer Forderungen anzuschließen, dass in der Acker-Fruchtfolgeregelung ein Mindestanteil von 20 Prozent Leguminosen aufgenommen werden muss,

satz her zu blockieren“, so Ribbe. Er forderte den Bundestags-Ausschuss auf, stattdessen sich mindestens dem Beschluss der Agrarministerkonferenz von Bund und Ländern anzuschließen, der sich zum Ansatz der Kommission eines für jeden Einzelbetrieb verbindlichen Greenings bekenne.

DBV: Kein Änderungsbedarf

Der neue DBV-Präsident Rukwied forderte in seinem Statement, es dürfe keine Kappung und keine Degression der Direktzahlungen geben. Nur so behielten „unsere Betriebe in den jungen

anteil in Deutschland oder mindestens in den Bundesländern einschließlich des Grünlandanteils anzurechnen. Optional sei auch ein Katalog von 6 bis 10 Umweltmaßnahmen der zweiten Säule als Nachweis für das Greening anzuerkennen, so Rukwied. Zur Milch begrüßte der DBV-Präsident, dass die Kommission den Ausstieg aus der Milchquote bestätigt habe. Das biete für die deutschen Milcherzeuger Möglichkeiten, die wachsende internationale Nachfrage zu nutzen. Auf Nachfrage vom Sitzungsleiter Ostendorff ergänzte Rukwied hier: „Bei fallendem Aussenschutz sind Asien und Afrika die einzige Chance für die deutschen Milchbauern, Zukunftsmärkte neben den Binnenmärkten zu erschließen.“

Isermeyer differenziert

Prof. Isermeyer sagte, die Direktzahlungen seien heute nicht mehr generell für alle Betriebe notwendig, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Preise für Agrargüter hätten sich innerhalb der letzten Jahre mehr als verdoppelt und das durchschnittliche Netto-Einkommen pro Hektar sei ebenfalls deutlich gestiegen. „Der Ackerbau in Deutschland wäre auch bei einer Halbierung der Direktzahlungen noch wettbewerbsfähig“, so Isermeyer. Das gelte natürlich nicht für alle Regionen, aber dafür gebe es die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete. Auch gelte es nicht für alle Betriebe: „Überall finden Sie Betriebe, die nicht mehr mitkommen.“ Aus verteilungspolitischer Sicht sei eine Vergabe der Direktzahlungen nach dem Gießkannen-Prinzip nicht zu vertreten. „Für das obere Drittel der Betriebe sind Direktzahlungen nicht nötig und für das untere Drittel sind sie nicht hoch genug.“ Isermeyer plädierte dafür, aus den Direktzahlungen nach Gießkannen-Prinzip auszusteigen. Dabei sei auch ein sozialpolitischer Faktor denkbar – das müsse man sich näher anschauen. Auch beim Greening suchte Isermeyer eine Mittlerrolle einzunehmen. Er sprach sich zwar eindeutig dafür aus, die umweltpolitische Ziele wie Klimaschutz und Artenvielfalt statt mit dem Greening mit einer Übertragung von Direktzahlungsmitteln in die zweite Säule zu verfolgen. Aber auf eine Frage der FPD-Abgeordneten Dr. Happach-Kassan hin stellte er sich fast schützend vor die EU-Kommission: „Man sollte nicht zu radikal sagen, dass es nicht sinnvoll sei, was die Kommission vorschlägt.“ Insgesamt sei der Vorschlag der Kommission für die Betriebe verkraftbar. *uj*



Eine Vielzahl von Positionen zur EU-Agrarreform im Bundestag von: (v.l.) F. W. Graefe zu Baringdorf (AbL), J. Rukwied (DBV), V. Petersen (DRV), Prof. Isermeyer, Prof. Weingarten (vTI), Prof. Müller (zalf), Minister H. O. Aikens, L. Ribbe (EuroNatur). Foto: Deutscher Bundestag / Lichtblick/Melde

Sachsen-Anhalts Minister Dr. Hermann Onko Aikens in ihren Statements heraus, dass sie sowohl die Kappung und Stafflung als auch das Greening ablehnen. Eine dritte Gruppe bildeten drei Wissenschaftler: Prof. Folkhard Isermeyer und Prof. Peter Weingarten, beide vom Johann-Heinrich-von-Thünen-Institut (vTI), sowie Prof. Klaus Müller vom Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (zalf) plädierten dafür, die Direktzahlungen abzubauen, statt sie nun zu qualifizieren. Die Gelder sollten verlagert werden hin zu zielgerichteten Maßnahmen der zweiten Säule. Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Friedrich Ostendorff hatte eine lebendige Sitzung zu leiten.

Gegen lineare Kürzung

Als erster Redner der Anhörung warnte Graefe zu Baringdorf davor, die Vor-

weichen sie dieser Aufgabe aus und schlagen statt dessen vor, die Direktzahlungen schrittweise abzubauen und das Geld in die zweite Säule zu stecken“, erläuterte der AbL-Vorsitzende. Ein Abbau der Direktzahlungen ohne soziale und ökologische Qualifizierung sei nichts anderes als eine lineare Kürzung, die an den aus der Vergabe der Gelder resultierenden Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten bäuerlicher Betriebe nichts ändere. Es müsse also darum gehen, die Zahlungen konsequent an wirksame soziale und ökologische Kriterien zu binden. Lutz Ribbe von der Stiftung EuroNatur warb ebenfalls dafür, die Vorschläge der EU-Kommission zu verstärken, statt sie abzulehnen. „Aus Sicht des Natur- und Umweltschutzes gehen die Vorschläge der EU-Kommission auch nicht weit genug. Es geht aber jetzt darum, dass Einige versuchen, die Vorschläge schon vom An-

Bundesländern eine Zukunftschance“. Rukwied ließ erkennen, dass er bei der Verhinderung der Kappung bereits auf die Verhandlungen zur Aufstellung des mehrjährigen EU-Haushaltsrahmens (2014 bis 2020) setzt und damit letztlich auf Bundeskanzlerin Angela Merkel. Das Greening bezeichnete Rukwied als Flächenstilllegung. Dabei sei es zumindest in Deutschland überflüssig, denn die deutsche Landwirtschaft sei schon gegreent. Er sei erst kürzlich von Hannover nach Bremen gefahren und durch wunderschöne Landschaften gekommen, erzählte er dem Ausschuss. „Wir sind der Garant für den Erhalt der Biodiversität“, so Rukwied. 18 Prozent der Flächen in Deutschland seien Hecken, Feldgehölze und Gewässer. Da müssten die Landwirte bereits Abstände in der Bewirtschaftung einhalten. Rukwied forderte, bei den ökologischen Vorrangflächen diesen Flächen-

GAP für Entwicklungsländer

Entwicklungsausschuss kritisiert Dumping und fordert Umweltmaßnahmen

In der Debatte um die Reform der EU-Agrarpolitik redet der Entwicklungsausschuss des EU-Parlaments sein eigenes Wörtchen mit. Besonders sind zwei Dinge: Erstens werden zum Teil klare und kritische Worte gesprochen. Zweitens fließen diese Worte aus einer konservativen Feder aufs Papier und sind vom Entwicklungsausschuss fraktionsübergreifend in Stellungnahmen zu den einzelnen GAP-Vorschlägen der EU-Kommission beschlossen worden. Die Berichterstatterin Birgit Schnieber-Jastram, CDU-Europaabgeordnete aus Hamburg, sagt im Internet dazu: „Wir brauchen eine Entwicklungshilfe aus einem Guss, die sorgfältig in die Außenpolitik, die Handelspolitik, aber auch in die Landwirtschaftspolitik eingebettet ist.“

Dumping durch EU-Agrarpolitik bestätigt

Der Entwicklungsausschuss hält zunächst einmal in seinen Stellungnahmen fest, dass einzelne Maßnahmen der EU-Agrarpolitik zu externen Effekten in Ländern außerhalb der Europäischen Union führten. Beispielsweise treten immer wieder europäische Importfluten in Entwicklungsländern auf, die die dortige Existenz von lokalen Bauern bedrohen und die agrarpolitischen Bestrebungen in Entwicklungsländern zur langfristigen Ernährungssicherheit untergraben. Damit sind schon mal deutlich die negativen Dumpingeffekte der EU-Agrarpolitik gekennzeichnet. Der Entwicklungsausschuss appelliert, dass die EU-Agrarpolitik in jedem Fall kohärent

zwar zu langfristig, aber kritisiert dennoch die Subventionen deutlich. Zu Beginn der Stellungnahme erläutert der Entwicklungsausschuss, dass eine der bedeutendsten Innovationen der EU-Kommission die Vorschläge zur Ökologisierung der Direktzahlungen (Greening) seien. Durch solch eine Qualifizierung würde kein unfairen Wettbewerb gegenüber Bauern in Entwicklungsländern entstehen. Außerdem, so der Ausschuss, stärkten Greeningmaßnahmen eine klimaverträgliche Landwirtschaft in Europa. Und das komme auch den Entwicklungsländern zu gute, denn der Klimawandel habe gerade dort fatale Folgen für die lokale Landwirtschaft. Geschickt verlinkt der Ausschuss den Hinweis, dass die steigenden Futtermittelimporte der EU in den Anbauländern negative soziale und ökologische Schäden hinterlassen, mit dem Appell, den heimischen und klimaverträglichen Leguminosenanbau zu propagieren. Deshalb fordert der Ausschuss, die bestehenden Vorschläge der EU-Kommission zur ökologischen Qualifizierung der Direktzahlungen wie Fruchtfolge, Grünlandhalt und ökologische Vorrangflächen um eine weitere wesentliche Komponente zu erweitern, nämlich die Leguminosen Teil der Fruchtfolge werden zu lassen. Im Text wird von „verbindlich zu beachtenden Bewirtschaftungsmethoden“ gesprochen wie „(...) den Anbau von ökologisch und klimaschonende Kulturen, die die Produktionskosten senken und den heimischen Anbau von Futtermitteln stimu-



Leguminosenanbau ist auch in Sierra Leone ein Gewinn

Foto: Dahmann

sein muss mit entwicklungspolitischen Anliegen und Zielen der EU-Politik. Der Ausschuss schlägt deshalb ein Monitoringsystem vor, das negative Effekte der EU-Agrarpolitik in Entwicklungsländern unter Einbindung der dortigen Regierung und Betroffenen zeitnah untersucht. Desweiteren wird in den Stellungnahmen daran erinnert, dass die EU 2005 in den Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) die Abschaffung der Exportsubventionen bis 2013 zugesagt hat. Für die anstehende Agrarreform fordert der Entwicklungsausschuss die gänzliche Abschaffung jeglicher Exportsubventionen bis zum Jahr 2016. Das ist aus zivilgesellschaftlicher Sicht

ren“. Leguminosen als Teil der Fruchtfolge ist auch eine zentrale Forderung der AbL. Zwar fehlen noch konkrete Zahlen in der Stellungnahme des Entwicklungsausschusses, aber die Stoßrichtung ist deutlich und wegweisend. Die Stellungnahme lässt Vorschläge zur wirksameren und sozialeren Ausgestaltung der Direktzahlungen vermissen. Lediglich gilt, dass die Vorschläge der EU-Kommission zur sozialen Qualifizierung unterstützt werden. Die Änderungsvorschläge des Entwicklungsausschusses liegen nun dem Agrarausschuss des EU-Parlaments vor, der für die Ausarbeitung des Berichts des EU-Parlaments zur Agrarreform zuständig ist. *Berit Thomsen*

Kurzes am Rande

Erfolgloses Dalli-Dalli Ämterhopping

Wegen Korruptionsvorwürfen ist EU-Gesundheits- und Verbraucherschutzkommissar John Dalli von seinem Amt zurück getreten. Ermittlungen der EU-Behörde für Betrugsbekämpfung (OLAF) hatten ergeben, dass ein Bekannter Dallis hohe Bestechungsgelder von der Tabakindustrie gefordert habe, damit Dalli den Entwurf einer neuen Tabak-Richtlinie ändere. Es soll um 60 Millionen Euro gegangen sein. Der Hersteller des schwedischen Lutschtabaks „Snus“ habe jedoch nicht zahlen wollen und sich an die Kommission gewandt. Dalli bestritt jede Schuld, ist aber nach Gesprächen mit EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso zurückgetreten. John Dalli war zweieinhalb Jahre im Amt. Seine erste Handlung war die EU-Anbauzulassung der gentechnisch veränderten Industrie-Stärkekartoffel „Amflora“ von der BASF. Vorher war er Landwirtschaftsminister in seinem Heimatstaat Malta, auch dort musste er seinen Hut nehmen, weil Korruptionsvorwürfe im Raum standen. *av*

Kritik an Grenzwert für Leistungsförderer

Im Juli hat die Codex Alimentarius Kommission der UN mit knapper Mehrheit einen Rückstandshöchstwert für Ractopamin, ein Tierarzneimittel und Wachstumshormon, beschlossen.

Der Lebensmittelkodex wurde 1963 von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) der UN erstellt und gibt internationale Normen für Lebensmittelsicherheit vor. Auf Grund von Gesundheitsbedenken ist der Einsatz von Ractopamin und der Import von Fleisch, für dessen Erzeugung das Mittel eingesetzt wurde, in der EU gänzlich verboten. Es gibt Befürchtungen, dass die Einführung eines zulässigen Grenzwertes die Nulltoleranz der EU auf Ebene der Welthandelsorganisation (WTO) angreifbar machen könnte: Für vom Importverbot betroffene Staaten, wie z.B. Brasilien besteht so eine Klagemöglichkeit, wenn die Höchstwerte eingehalten werden. Von Seiten der EU-Kommission wird deshalb mit Zustimmung der Mitgliedsstaaten ein Einspruch gegen die Entscheidung vorbereitet. *cw*

Deckelung der erneuerbaren Energien

Bei der Vorstellung eines Verfahrensvorschlags zur Neuregelung des Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) hat Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) Ziele und Änderungen präsentiert. Zentraler Punkt ist die Einführung von Degressionsregeln und Obergrenzen für den Ausbau von Windkraft und Biomasse. Durch die Deckelung, die noch nicht weiter erläutert wurde, soll eine „Überhitzung des Marktes“, so Altmaier, durch einen übereilten Ausbau vermieden werden. Laut Bundesumweltministerium soll das neue EEG so gestaltet werden, dass Novellierungen und abrupte Kurswechsel in Zukunft minimiert werden. In Zukunft soll sich das EEG vorzugsweise auf marktwirtschaftliche Prinzipien stützen, insbesondere soll die Direktvermarktung und somit die Marktintegration steigen. Für eine bessere Abstimmung soll eine politische Festlegung der Ausbauziele auf Länderebene eingeführt werden. *jm*

Stimmen zum EEG-Vorschlag

Bundesumweltminister Peter Altmaiers (CDU) Neuausrichtung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) hat in Politik und Wirtschaft eine große Diskussion ausgelöst. Während die CDU und der Fachverband Biogas e.V. den Verfahrensvorschlag begrüßten, wurden die Ausführungen Altmaiers an anderer Stelle heftig kritisiert. So seien die Vorschläge „ein Eingeständnis des Scheiterns der Energiewende-Politik der Bundesregierung“, sagte Eva Bulling-Schröder, umweltpolitische Sprecherin der Fraktion „Die Linke“ im Bundestag. Andere und Bundespolitiker wie Michael Kauch aus der FDP-Bundestagsfraktion oder der Baden-Württembergische Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) begrüßten die Vorschläge grundsätzlich, betonten aber, die Strompreise dürften nicht weiter steigen. Hans Josef Fell, energiepolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, warf Altmaier vor, sich dem Druck der Stromkonzerne gebeugt zu haben und durch staatliche Regulierungen degressiv in einen der wichtigsten und größten Wirtschaftszweige in Deutschland einzugreifen. So ein neues EEG hätte in der ganzen Ökostrombranche Markteinbrüche, Entlassungen und Konkurse zur Folge, so Fell. *jm*

Die Interessen werden immer verschieden sein

Milchbauern und Molkereiindustrie sollen zusammenarbeiten. Die Milchbauern werden dabei immer unterliegen

Auf der Agrarministerkonferenz (AMK), Anfang des Monats in Schöntal, haben die Länderminister erklärt, dass sie es für erforderlich halten, die Position der Milcherzeuger zu verbessern. Hierzu sei eine rasche Verabschiedung des Agrar-Marktstrukturgesetzes und der entsprechenden Durchführungsverordnung wichtig. Die gesetzlichen Vorgaben regeln in Zukunft die Möglichkeiten der kartellrechtlichen Freistellung bei Preisverhandlungen und der Gründung transnationaler Erzeugerorganisationen. Die Regelungen sollen den Milchbauern in Zukunft verwaltungsrechtlich sichere Bedingungen garantieren, wenn sie sich zu Erzeugerorganisationen zusammen schließen. Der bisherige Entwurf des Gesetzes allerdings schwächte die Position der Milcherzeuger gegenüber den Molkereien. Er sieht vor, dass Milchbauern nur einer Erzeugerorganisation angehören dürfen. Doppelmitgliedschaften sollen ausgeschlossen werden. Damit wäre allen Genossenschaftsmitgliedern und damit der Mehrzahl der deutschen Milchbauern die Möglichkeit einer Bündelung und Stärkung ihrer Verhandlungsmacht genommen. Daneben enthält der Entwurf eine hundertprozentige Andienungspflicht, die die Milchbauern ebenfalls fest an eine Molkerei bindet.

Probleme erkannt, Lösungen verweigert

Die Reaktion der Agrarminister auf den Gesetzentwurf fällt zaghaft aus: „Sie vertreten die Auffassung, dass zur Erzeugerstützung auch denjenigen Erzeugern, die Mitglied einer Genossenschaft sind, die Mitgliedschaft in Milcherzeugerorganisationen ermöglicht wird (Doppelmitgliedschaft). Anstatt einer starren Obergrenze für die Größe einer Erzeugerorganisation sollte über den möglichen Bündelungsgrad für Milch unter Berücksichtigung der jeweils vorhandenen Marktstrukturen entschieden werden. Sie bitten den Bund, diese Problematik gegenüber der EU zu kommunizieren.“ Konkrete Vorschläge oder gar Forderungen sucht man in den Abschlusspapieren der AMK vergebens. Während eindeutige Signale von Seiten der Politik ausbleiben, positioniert sich die Milchindustrie in einem Spannungsfeld aus hohen Spotmilchpreisen und der Forderung nach höheren Auszahlungspreisen, der Klage über die ruinöse Preispolitik des Lebensmitteleinzelhandels (LEH), sowie dem eigenen Wunsch nach einem Verzicht auf staatliche Vorgaben und der Produktion für den Weltmarkt.

Milchengpässe

Die deutsche Molkereiindustrie fühlt sich stark, aufgrund der Prognosen abnehmender Produktionsmengen in den USA

und in Neuseeland und prognostizierter Milchengpässe auf dem Weltmarkt. Das US-Agrarministerium geht laut *Financial Times* davon aus, dass die Zahl der Kühe im kommenden Jahr auch aufgrund der diesjährigen Dürre auf den niedrigsten Stand seit acht Jahren und die Milchproduktion auf den geringsten Wert seit zwölf Jahren fallen könnte. In Neuseeland, so die Rabobank, werde im kommenden Jahr ebenfalls die Produktionsmengen sinken.

Spotmarkt hoch, Auszahlung niedrig

Dass die Milchbauern mit der aktuellen Preissituation äußerst unzufrieden sind, machten sie bei einem Molkereiaktionstag deutlich, zu dem der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter aufgerufen hatte. Gleichzeitig an 65 Molkereistandorten demonstrierten die Landwirte für höhere

Preise. Der extrem hohe Preis der Milch am Spotmarkt zeigt, dass eine sinnvolle Angebotsregelung den Preis aus Sicht der Erzeuger positiv beeinflussen kann. Die derzeit immer noch niedrigen Auszahlungspreise vertraglich gebundener Milch, die auch unter dem Kieler Rohstoffwert liegen, machen die Bauern ungehalten. Der BDM forderte von den Molkereien, nur Verträge mit dem LEH abzuschließen, die einen Auszahlungspreis von mindestens 40 Cent gewährleisten. Anders als die Molkereibranche und der Deutsche Bauernverband geht der BDM nicht zwingend von einem Quotenende 2015 aus: „In den Abstimmungen der letzten drei Jahre zur Abschaffung der Milchquoten ist die Mehrheit für eine Quotenabschaffung bei jedem Male bedeutend kleiner geworden.“ *mn*

40 Cent für Grundmenge

Gestaffelte Preisgestaltung mit 40 Cent für die ersten 50.000 Liter

Der AbL-Bundesvorstand hat die Molkereien nun aufgefordert, die Mehrerlöse direkt und in vollem Umfang an die bäuerlichen Milchviehbetriebe weiterzugeben, und zwar gestaffelt: Zuerst müsse der Erzeugerpreis für eine Grundmenge von 50.000 Litern Milch (Jahresmenge) für jeden Betrieb auf 40 Cent je Liter angehoben werden, um dann in einem zweiten Schritt den Preis für die darüber hinaus gehenden Liefermengen je Betrieb anzuheben.

„Das herbe Preistief, aus dem wir gerade langsam wieder herauskommen, hat allen Milchvieh-Betrieben stark zugesetzt. Verursacht worden sind die Tiefstpreise aber unbestreitbar durch ein Überangebot an Milch, das nicht zu kostendeckenden Preisen abgesetzt werden konnte. Dieses Überangebot wiederum kommt vor allem zustande, weil ein Teil der Betriebe die Erzeugung sehr stark ausgedehnt hat. Es ist daher gerechtfertigt, wenn jetzt die Preiserhöhungen zuerst für die Grundmengen gezahlt werden, und die Preise für darüber hinausgehende Mengenteile erst danach nachziehen“, erläutert Maria Heubuch, Bundesvorsitzende der AbL und Milchbäuerin im Allgäu. Heubuch erläutert, dass viele Molkereien heute genau anders herum vorgehen: Je mehr Milch ein Betrieb erzeugt, umso mehr wird ihm je Liter Milch gezahlt, insbesondere bei großen Molkereien. „Diese

Preisaufschläge für große Erzeugungsmengen setzen falsche Anreize. Sie belohnen die Betriebe, die am stärksten ins Wachstum gehen und damit zu Überangeboten beitragen, die alle Betriebe unter Preisdruck setzen. Diese Logik muss umgekehrt werden. Eine höher bezahlte Grundmenge stärkt die Milcherzeugung in der Fläche und ist eine wichtige Maßnahme, um von den heute noch bestehenden Betrieben möglichst viele zu erhalten.“

Das Prinzip der Grundmenge bzw. Staffellung hält die AbL auch für angebracht, wenn es um Maßnahmen geht, mit denen zeitweise entstehende Übermengen am Markt abgebaut werden sollen. Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Bundesvorsitzender der AbL, ergänzt: „Die in der Politik sowie in der Milchwirtschaft selbst diskutierten Instrumentarien zu einer flexiblen Anpassung der Milchmengen an den jeweiligen Marktbedarf sollten so gestaltet werden, dass bei einem Überangebot eine Grundmenge je Betrieb von Kürzungen freibleibt. Gekürzt werden muss da, wo das Überangebot herkommt“, so Graefe zu Baringdorf.

Laut AbL gibt es derzeit in Deutschland noch knapp 85.000 Betriebe mit Milchkühen. Das sind ein Drittel weniger als noch vor zehn Jahren. Mit ihrem Vorschlag wendet sich die AbL gegen diesen Verlust an bäuerlichen Betrieben und bäuerlicher Milcherzeugung. *uj*



Foto: Herzog

Prognose zahlt keine Rechnung

Vermeintlich steigende Milchpreise helfen Bauern und Bäuerinnen nicht

Alein die Tatsache, dass der Bundesverband deutscher Milchviehhalter (BDM), relativ kurzfristig an 65 Molkerei-Standorten in ganz Deutschland Milchbauern für eine Aktion mobilisieren konnte, macht den Druck deutlich, der auf den Betrieben lastet. Und dass gleichzeitig fast überall die Verantwortlichen in den Milchwerken bereit waren, mit den Bauern und Bäuerinnen zu sprechen, lässt auf ein gewisses Verständnis für die äußerst schwierige Lage der Milcherzeuger hoffen. Ob daraus auch ein verantwortliches Handeln bei den Preisverhandlungen mit dem Lebensmitteleinzelhandel erwächst, wie es die Bauern und Bäuerinnen in ihrer Resolution fordern, bleibt fraglich. In Schleswig-Holstein, wo an allen 12 Molkerei-Standorten Bauern und Bäuerinnen auftauchten, wurde die Aktion von einigen Milchwerkern als hilfreich für die Verhandlungen begrüßt. Milchbäuerin und Nord-BDM-Aktive Kirsten Wosnitza berichtet davon, dass ihr direkt gesagt wurde, die Molkereien bräuchten den Druck der Bauern, um dem LEH entsprechend gegenüber treten zu können. Umso unverständlicher ist für sie die Äußerung eines Vertreters des Genossenschaftsverbandes, der die Aktion abfällig als übertrieben bezeichnete. „Wir haben momentan Auszahlungspreise, die stark auseinanderklaffen, von 26 bis 34 Cent“, skizziert sie die schwierige Lage im nördlichsten Bundesland, da brauche man nicht noch Verbände, die einem in den Rücken fallen. Auch wenn der Bauernverband bei 32 bis 30 Cent von guten Preise spreche, frage sie sich, was das soll.

Kein Dumping

Auch Bernd Voß, AbL-Milchbauer und für die Grünen im schleswig-holsteinischen Landtag, sagt: „Es hilft nichts, wenn ständig positive Botschaften aus den Reihen der

Milchindustrie über eine zukünftige Aufnahmefähigkeit der Weltmärkte in den herbstlichen Nebel hinausgetrötet werden.“ Es brauche mengenstabilisierende Maßnahmen. „Positivprognosen für eine Markterholung bezahlen keine Rechnungen“, schreibt Kirsten Wosnitza im BDM-Mitgliederinfo plakativ. Daher forderten die Milchbauern nun konkrete Taten und erwarteten, dass die Molkereien mit dem „Rückenwind“ der Aktion in ganz Deutschland bei den aktuellen Preisverhandlungen mit dem Handel Stärke zeigten! Es sollten nur Kontrakte mit dem Lebensmitteleinzelhandel für die wegweisende Trinkmilch abgeschlossen werden, die einen Erzeugermilchpreis von mindestens 40 Cent möglich machten. Außerdem erwarte man von den Molkereien eine offene Haltung gegenüber den vom BDM vorgeschlagenen angebotswirksamen Maßnahmen, die den Milchmarkt wieder in ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage brächten. Dumpinggebote einzelner Molkereien bzw. des Handels sollten abgelehnt werden.

Ökologischer Irrsinn

Auch im Allgäu brachten die Milchbauern und -bäuerinnen ihre Forderungen vor, bei der Omira-Molkerei in Ravensburg sprachen sie mit dem Geschäftsführer Wolfgang Nuber. Der zeigte sich zwar verhandlungsbereit und auch verhalten optimistisch, berief sich aber auch auf die große Weltmarktabhängigkeit, die das Durchsetzungsvermögen durchaus begrenze. Man erschließe gerade den asiatischen Markt: Milch nach China, Pudding nach Vietnam, weil dort mehr für die Produkte bezahlt werde, berichtet die *schwäbische Zeitung* und erlaubt sich die Frage: Ökologischer Irrsinn? Antworten kann man nur: nicht nur ökologischer. *cs*

Kurzes am Rande

Menge gut, Molkereien mittelmäßig

Laut des Jahresberichts des Internationalen-Farm-Vergleichs-Netzwerkes IFCN ist Deutschland der sechstgrößte Milchproduzent der Welt. Im Jahr 2011 wurden in Deutschland (nach standardisierten Milchhaltsstoffen) 31,1 Mio. Tonnen Milch produziert. Spitzenreiter dieser Statistik ist Indien mit 137,5 Mio. t vor den USA (84,3 Mio. t) und Pakistan (41,6 Mio. t). Auf den Plätzen 4 und 5 folgen China und Brasilien mit jeweils knapp unter 35 Mio. Tonnen. Bei den Molkereien ist Deutschland allerdings nicht in der Spitzengruppe vertreten. Hier liegt Fonterra aus Neuseeland (21,6 Mio. t) deutlich vor Dairy Farmers of America aus den USA (17,1 Mio. t) und Lactalis aus Frankreich mit 15,0 Mio. t. Auf den Plätzen 10 und 15 liegen mit der DMK (6,9 Mio. t) und der Müller Gruppe (4,4 Mio. t) die ersten deutschen Unternehmen. Auch beim Umsatz je kg Milch liegen die deutschen nicht an der Spitze. So erwirtschaftet die DMK 6,4 US \$ und Müller 6,5 Mrd. US \$ aus ihrer Milch. Danone hingegen kann aus gut 8 Mio. t Milch 15,6 Mrd. US \$ Umsatz realisieren. *jm*

„Konzern kauft Milchviehbetriebe...“

Anzeige in der ostdeutschen *BauernZeitung*: „Schweizer Konzern kauft weitere Milchviehbetriebe, auch Anteile, nur in Deutschland zu Höchstpreisen zur Bio-Rindfleischproduktion. Auf Wunsch keine personellen Veränderungen! Diskrete Vorselektion durch Agrar-Ing. M. Manthey, 0351-89666346...“ *pm*

Gute Abschlüsse mit dem LEH

Der Milchindustrieverband (MIV) berichtet, dass es den Deutschen Molkereien offenbar gelungen ist, gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel (LEH) höhere Preise für Konsummilch durchzusetzen. So wird die 1-Liter-Trinkmilchpackung für den Verbraucher voraussichtlich um 10 Cent teurer. Durch die gute Exportsituation und der knappen Anlieferung durch die Milchbauern hat sich die Stellung der Molkereien gegenüber dem LEH verbessert. „Höhere Preise seien richtig und notwendig, nicht zuletzt wegen der höheren Kosten für die Erzeugung und die Herstellung“, sagte Dr. Karl Heinz Engel, Vorsitzender des MIV. Zuletzt war schon die 250g Packung Butter 10 Cent teurer geworden. Wieviel von den Preissteigerungen bei den Bauern letztendlich ankommt ist aber fraglich. *jm*

Produktionskosten auf Rekordniveau

In der Jahresbetrachtung 2011 des IFCN (Internationale-Farm-Vergleich-Netzwerk) wurde ein Vergleich der Milcherzeugungskosten auf 171 typischen Milchfarmen in 51 Ländern aufgestellt. Wie auch in den Vorjahren ist 2011 die Spannbreite sehr groß. Während in Kamerun die Bauern 100 kg Milch für 4 € produzieren können, ist in der Schweiz ein Wareneinsatz von 77 € für 100 kg notwendig. Die durchschnittlichen Produktionskosten der Betriebe lagen bei 35 € je 100 kg. Das ist eine Steigerung von 4 € gegenüber dem Vorjahr. Daraus lässt sich ableiten, dass die deutschen Bauern auch nicht entscheidend teurer produzieren als andere Bauern auf der Welt. Insofern ist die Aussage, dass die deutschen Bauern billiger produzieren müssen, um auf Weltmarktniveau zu wirtschaften, hinfällig. Die Kosten für 100 kg Viehfutter sind demgegenüber auf den Beispielbetrieben von durchschnittlich 10 € auf 32 € gestiegen und setzen die Milchbauern zusätzlich unter Druck. *jm*

Resistenz durch Ethanol

Auch die Hersteller von Ethanol könnten für die zunehmende Antibiotika-Resistenz verantwortlich sein. Laut Institut für Landwirtschaft und Handelspolitik in Minnesota werden in vielen US-Anlagen routinemäßig Antibiotika eingesetzt, um das Bakterienwachstum während der Fermentation zu unterbinden. Die Rückstände der Ethanolproduktion (Distillers Grains – DGS) werden laut DLG-Mitteilungen an Mastrinder, Kühe, Schweine und Geflügel verfüttert. *pm*



Die schleswig-holsteinischen BDM-Aktiven Kirsten Wosnitza und Christoph Lutze beim Geschäftsführer der Gut von Holstein Molkerei Kai Ploog
Foto: Kleensang

Maulkorb bis zur Hauptverhandlung

In einem Eilverfahren wurde dem Gentechnik-Aktivistin Jörg Bergstedt zunächst untersagt, seine Vorwürfe wegen Betrugs gegen Lobbyisten und Politiker, die sich für die Gentechnik stark machen, zu äußern. Da es sich bei dem Betrugsvorwurf um einen Straftatbestand handelt, werden im nun folgenden Hauptverfahren die vom Autor angeführten Beweise durch das Oberlandesgericht Saarbrücken geprüft. Andere Anschuldigungen, die Bergstedt erhoben hatte, wurden bereits in der Vergangenheit gerichtlich gebilligt. Die Geschäftsführer mehrerer Gentechnikfirmen, Kerstin Schmidt, und der FDP-Politiker und Vorsitzende des Gentechnik-Lobbyverbands InnoPlanta aus Sachsen-Anhalt, Dr. Uwe Schrader, hatten den Aktivistin verklagt. Vertreten werden sie von der Kanzlei des ehemaligen sachsen-anhaltinischen Wirtschaftsministers Horst Rehberger (FDP), der in seiner Amtszeit immer wieder als Befürworter der Gentechnik in der Öffentlichkeit aufgetreten ist. Zwischen den Gerichtsterminen wird Bergstedt am 28. Oktober der Zivilcourage-Preis der Solbach-Freise-Stiftung in Bodenwerder verliehen – für sein konsequentes Vorgehen gegen die Gentechnikfirmen. cw

Tegut als Steigbügelhalter

Das Schweizer Unternehmen Migros hat das Handelsgeschäft der hessischen Supermarktkette Tegut übernommen. Der Name und die Besonderheit der Tegut-Märkte, bestehend aus einem etwa 30-prozentigen Bioanteil im Sortiment, sollen jedoch beibehalten werden. Mit Investitionen in zweistelliger Millionenhöhe will Migros das Filialnetz von Tegut, das momentan Hessen, Thüringen und Nordbayern umschließt, zunächst auf den gesamten süddeutschen Raum und längerfristig bundesweit ausdehnen. Die Übernahme ermöglicht es dem Schweizer Branchenriesen, ins Ausland zu expandieren und die eigenen Handelsmarken auf einem neuen Markt unterzubringen. Ein Stellenabbau im Personalbereich ist nach Aussage der Tegut-Geschäftsführung nicht vorgesehen und die Zusammenarbeit mit bestehenden Lieferanten soll bestehen bleiben. Allerdings wird der Bäckereibetrieb vor den Kassen an externe Unternehmen vergeben. Die von Tegut gegründeten Produktionsbetriebe und Lieferanten für Fleisch und Backwaren, KFF Kurhessische Fleischwaren Fulda und Herzberger Bäckerei, werden in der eigenständigen Tegut...Gutberlet Stiftung & Co. KG weitergeführt. cw

Schimpanzen eine Erfindung?

Das Europäische Patentamt hat 2012 mehrere Patente auf gentechnisch veränderte Säugetiere, darunter auch drei Patente auf Schimpanzen erteilt, so eine aktuelle Recherche der Initiative „Kein Patent auf Leben!“. Die Tiere sollen für die Pharmaforschung genutzt werden. Patentinhaber sind zwei Pharmaunternehmen aus den USA (Intrexon und Altor BioScience). Ein Bündnis von mehreren Organisationen bereitet jetzt Einsprüche gegen die Patente vor. Ziel der Initiative ist nicht nur der Widerruf, sondern ein grundsätzliches Verbot derartiger Patente. Das Bündnis fordert mehr Respekt im Umgang mit Tieren. Sie fürchten, dass durch kommerzielle Anreize immer mehr Tierversuche auch mit Schimpanzen durchgeführt werden, obwohl Versuche an Primaten und Menschenaffen aufgrund ihrer genetischen Ähnlichkeit zum Menschen und ihrer Fähigkeit zu planen und zu fühlen, international, insbesondere auch in der EU, strengen Restriktionen unterliegen. av

Fruchtfolge statt Maispestizide

Wenn neben Herbiziden künftig auch weitere Pestizide im Mais angewendet werden sollten, ist ein weiterer Image-Schaden für diese Frucht zu erwarten. Davor warnten laut *AgrarZeitung* die Experten bei der jüngsten Tagung des Deutschen Maiskomitees in Osnabrück und forderten dazu auf, die guten Regeln des Ackerbaus nicht weiter zu vernachlässigen. Gegen Fusarien, Maiszünsler, Maiswurzelbohrer und Blattkrankheiten würden auch Pestizide letztlich nicht helfen, sondern nur Maßnahmen wie Fruchtfolgen, die gründliche Zerkleinerung der Erntereste oder Pflugfurche. Die diskutierte chemische Bekämpfung von Blattkrankheiten im Mais beurteilte Dr. Carolin von Kröcher (Landwirtschaftskammer Niedersachsen) angesichts unzureichender Kenntnislage kritisch. Ohnehin müsse im neuen Pflanzenschutzgesetz ab 2014 das „notwendige Maß“ eingehalten werden. Auch Professor Friedhelm Taube (Uni Kiel) plädierte für einen Verzicht auf weiteren Pflanzenschutzmittel-Einsatz. Er beobachtet mit Sorge den Einsatz von Stelzenschleppern im hohen Mais – deren Anblick könne sich verheerend auf die Reputation des Mais auswirken. en

Kurzes am Rande

Bäuerliche Bewegung im Norden

Neuer Sprecherrat der AbL in Schleswig-Holstein

Knapp sechs Monate nach der Wahl in Schleswig-Holstein lud die AbL zu einer Abendveranstaltung ein mit dem Titel: Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft in Schleswig-Holstein. Wir brauchen eine starke bäuerliche Interessenvertretung! AbL-Bundesgeschäftsführer Georg Janßen sagte in seinem Eingangsvortrag: „Hier gibt es zwar einen neuen Grünen Minister, aber wir dürfen es nicht die Politik machen lassen. Jetzt kommt es darauf an, bäuerliche Farbe zu bekennen.“ „Die niedrigen Milchpreise sind ein Problem. Die Rechnungen können nicht mehr bezahlt werden“, beschreibt Milcherzeuger Henning Stamer die Situation, „die Agrarpolitik muss Stellung beziehen, ob sie Agrarindustrie oder bäuerliche Landwirtschaft will.“ Dass die Zeit zumindest in der zivilgesellschaftlichen Bewegung reif wie nie ist, skizziert Bernd Voß, Land-

tagsabgeordneter der Grünen und AbL-Bundesvorstand: „Wir haben eine neue gesellschaftliche Debatte, auch durch die Kampagne „Meine Landwirtschaft“ hier in Schleswig-Holstein. Die Stärke der AbL ist von jeher die Vernetzung, da müssen wir auch weiter ansetzen.“

Die bäuerliche Interessenvertretung und die zivilgesellschaftliche Bewegung und Vernetzung vor Ort hat an dem Abend mit der Gründung eines Sprecherrats ein neues Gesicht, oder besser gesagt, fünf neue Gesichter bekommen. In dem Sprecherrat sind Andrea Krause, Initiative Gentechnikfreies Schleswig-Holstein; Jan Wendel, Mitarbeiter auf Hof Dannwisch und junge AbL; Florian Gleißner, Domäne Fredeburg; Lars Hadenfeld, Bauer, und Redlef Volquardsen, Milchschafhof mit Käseerei und Hofladen. Auf geht's!

Berit Thomsen



Schleswig-Holsteins Bauern und Bäuerinnen unterwegs - im März zur Kieler Demo jetzt zur AbL-Landesgruppe
Foto: Gröhn-Wittern

Ungleiche Partner

Bauern und Molkereien sollen enger zusammenarbeiten

Wissenschaftler aus Gießen veröffentlichten die Ergebnisse einer Umfrage zur Zusammenarbeit zwischen Molkereien und Milcherzeugern vor dem Hintergrund des für 2015 anvisierten Auslaufens der Quote. Prof. Spiller und Nina Steffens kommen zu dem Schluss, dass sich die Zusammenarbeit von Molkereien und Milchproduzenten deutlich verbessern lässt. Zentraler Punkt könnte zukünftig die jährliche Planung der Liefermengen sein. 40 Prozent der befragten Milchbauern halten die Einhaltung einer zuvor vereinbarten Milchmenge für einfach, wenn ein Toleranzwert von 10 Prozent eingeführt

würde. Die von den Molkereien schon in der Vergangenheit stellenweise eingeführte dreitägige Milchabholung wurde von 79 Prozent der Befragten aufgrund der hohen Investitionskosten und einem Preisaufschlag von durchschnittlich 1,8 Cent abgelehnt.

Wie schon in der Vergangenheit werden die Molkereien auch zukünftig versuchen, die Lieferbedingungen durch gezielte Preistaffelungen ihren Anforderungen anzupassen. So dürfte es auch zukünftig Staffelpreise zu Gunsten großer Mengen sowie dreitägiger Abholung geben. mn

Von einem, der auszog, einen Thronfolger zu finden

Ein Märchen über die Sorgen majestätischer Hofnachfolge

Es war einmal ein kleiner, älterer König. Er war nicht klein von Gestalt, aber sein Königreich war eben nicht das allergrößte weit und breit. Unter den Königen war er eher so eine Art Normalkönig. Jeden Tag sorgte er sich liebevoll um das Wohl seiner Untertanen und er tat sein Bestes, dass es allen gut ging. Seine Frau, die Königin, stand ihm dabei stets hilfreich zur Seite und munterte ihn auf, wenn die Untertanen bei den täglichen Audienzen doch immer wieder die gleichen Muh- und Mähgeschichten erzählten. Da war er froh, mit der Königin ab und zu andere Königreiche zu besuchen oder auf den Königsschauen im Frühjahr und Herbst die neuesten Gerätschaften zur Regentschaft zu bestaunen – prächtige grüne und rote Kutschen mit vielen bunten Knöpfen liebte er dabei besonders.

Doch mit jedem Sommer und Winter, die mehr ins Land zogen, merkte er, dass es Zeit wäre, sein Königreich in jüngere Hände zu geben. So versammelte er eines Tages alle seine Kinder, die Prinzessinnen und Prinzen, an der Tafel des Hofes. Sie kamen teils von weit her gereist, um den Worten ihres Vaters zu lauschen: „Liebe Kinder höret nun, ich habe dieses Königreich nun lange Zeit regiert und möchte nicht enden wie Elisabeth die Zweite! Gerne möchte ich mein Reich in jüngere Hände geben!“ So fragte er seinen ältesten Sohn, doch dieser sprach: „Danke Vater, aber ich habe das Regieren nicht gelernt und die täglichen Audienzen mit deinen Untertanen behagen mir nicht. Auch meine Gemahlin mag nicht hier auf dieses einsame Gemäuer ziehen.“ So fragte er seine älteste Tochter, aber auch diese sprach: „Danke dir lieber Vater, aber ich lebe weit entfernt in einer großen Stadt und mag dort nicht fort gehen.“

Wen er auch fragte, keines seiner Kinder wollte sein Königreich weiter regieren. Traurig ging der ältere König in den Wald, um nachzudenken, was er mit seinem geliebten Königreich tun sollte. Sollte er wirklich dem Deutschen Königsverband trauen, der seit Jahr und Tag nur davon sprach, die Ländereien einfach dem nächst größeren König als Lehen zu geben? Hatten die Schreiberlinge doch recht, die im „Schwäbischen König“ oder in „top king“ auch immer wieder ins gleiche Horn bliesen? So viele kleinere Königreiche waren diesen Weg schon gegangen und nun sollte es bei ihm auch so sein? Es brach ihm fast das Herz, als er daran dachte. Sicherlich gaben beson-

ders die Gaskönige sehr viele Thaler für das Land und in den Hallen des Hofes könnte er im Winter dem fahrenden Volk Quartier für ihre Karren und Wagen geben. Wirklich glücklich war er mit diesen Gedanken aber nicht.

Und wie er so ging, merkte er, dass er nicht alleine war. Er fühlte sich beobachtet und schaute um sich, woher wohl die Blicke kamen. Kein Mensch war weit und breit, doch hoch im Geäst einer großen Birke saß ein schwarzer Rabe, der auf ihn blickte. „Krax“, machte der Rabe und hielt den Kopf

Mühsam machte er sich auf die Suche nach einem Rückweg und, ach oh jeh, würde doch auch bald die abendliche Audienz beginnen! Nie zuvor ward er in diesem Wald gewesen, als er plötzlich aus der Ferne eine Melodie vernahm. Da pfiff doch jemand eine Weise auf den Deutschen Königsverband! Und als er den Wald endlich hinter sich gelassen hatte, entdeckte er auf einer Wiese einen Wandergesellen, der seine Füße in den Bach hielt. „Wer ist er und was macht er hier?“, fragte der König. „Ich bin ein Königsgesell“, sprach jener, „und hab

alleine leiten müssen. Doch als sie erfuhr, dass von nun an der Königsgeselle die Morgenaudienz übernehmen würde, tanzte sie vor Freude! Die Prinzessinnen und Prinzen waren anfangs nicht wirklich froh, hätten doch einige von ihnen gerne das Königreich für reichliche Thaler veräußert. Doch auch sie verstanden, dass der Erhalt des Reiches wichtiger war als all die Thaler und fanden ihren Frieden mit dem nun neuen König... und wenn sie nicht gestorben sind, so leben sie noch alle glücklich und zufrieden.



Der König wollte seine Ländereien nicht anderen Königen zum Lehen geben und sein Schloss verfallen lassen.

Foto: CFalk/ pixelio

schief. „Was glotzt du so frech, schwarzer Vogel?“, rief der König. „Krax“, antwortete der Rabe und hüpfte auf den König zu. „Versteht mich gar diese gefiederte Kreatur?“, dachte der König bei sich. Und ehe er es sich versah, breitete der Rabe seine Flügel, stürzte direkt auf den König zu, um knapp über seinem Kopf wieder in die Höhe zu schießen. Beinahe wäre dem König die geliebte Krone mit dem grünen Hirsch vom Kopf gefallen! „Warte, dir zeig ich es!“, rief der erschrockene König und rannte hinter dem Raben her. Dieser flog nun mal tiefer, mal höher, mal schneller, mal langsamer und immer wieder glaubte der König, dass er den Raben gleich erwischen könne. Immer tiefer folgte er dem Raben in den Wald, bis dieser mit kräftigem Flügelschlag entwand. Nun stand der kleine, ältere König im tiefen Wald, weit weg von seinem Königreich und bemerkte, dass er über das Fangenwollen den Weg verloren hatte.

mir die Hacken wund gelaufen auf der Suche nach einem eigenen Königreich! Viel hab ich erfahren und gesehen, aber da ich kein Königreich erben kann, musst ich immer weiter ziehen und konnt noch nirgends selbst regieren!“ Da erkannte der kleine, ältere König, warum ihn der kluge Rabe auf neue Wege geführt hatte und sprach: „Komm mit mir an meinen Hof und lass uns das Regieren eine Zeit gemeinsam versuchen! Meine Töchter und Söhne wollen selbst nicht regieren, ich aber möchte, dass mein Königreich weiter besteht. Wenn wir uns vertragen und einen gerechten Weg für meine Töchter und Söhne finden, sollst du mein Königreich weiterführen!“

Mit frischem Mut suchten nun der kleine, ältere König und der Königsgeselle gemeinsam einen Weg zurück zum Schloss, erreichten es jedoch erst in der Dunkelheit. Die Königin war „not amused“, hatte sie doch die Audienz

...und warum schreibe ich ein Märchen?

Nach den Erfahrungen meiner Hofsuche in Süddeutschland muss ich leider feststellen, dass die außerfamiliäre Hofübergabe doch weitgehend in den Bereich der Märchen und Fabeln fällt. Zwar wird immer wieder über ungeklärte Hofnachfolgen geklagt, aber dabei handelt es sich eher um einen Mangel an Prinzessinnen und Prinzen. Das Land gut zu verpachten und allenfalls die Restimmobilien zum Höchstpreis an pferdebegeisterte Nichtlandwirte zu verkaufen ist derzeit einfach viel zu verlockend und vergoldet den Strukturwandel für die Besitzenden. Der Mut und Idealismus, einen Hof außerhalb der Familie zu vergeben, um ihn zu erhalten, ist leider selten zu finden. Aber wie war das noch? Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Martin Siebert

Staatl. gepr. Landwirt & AbL-Mitglied

Vorgetäuschte Gemeinnützigkeit

Agrarindustrieller Geflügelwirtschaftsverband muss Federn lassen

Der Niedersächsische Geflügelwirtschaftsverband NGW ist nicht gemeinnützig und auch keine landwirtschaftliche Interessenvertretung, das bestätigte das Finanzamt Oldenburg, nachdem AbL und *tageszeitung* hier recherchiert hatten. Die Gemeinnützigkeit hatte der NGW auf seiner Internetseite behauptet. Zwar sind Vertragsmäster und auch einige Direktvermarkter Mitglieder, aber: Im NGW-Vorstand besetzen Vertreter großer Geflügel-Konzerne wichtige Posten – so die „Deutschen Frühstücksei GmbH“, der „Big-Dutchman“-Meerpohl-Gruppe, des „Wiesenhof“-Wesjohann-Komplexes, der Erich-Wesjohann-Lohmann-Zucht-Konzerns oder des Puten-Konzerns „Moorgut Kartzfehnn von Kameke GmbH“. Diese „Geflügelbarone“ dominieren nicht nur

die Branche, sondern auch den Verband – zumal der Großteil der im NGW organisierten Geflügelhalter als Vertragsmäster von derartigen Zucht-, Futtermittel- und Schlachtkonzernen abhängig sind. Dementsprechend fällt der NGW kaum als Vertretung der Interessen von Landwirten nach mehr Konzern-Unabhängigkeit oder höheren Erzeugerpreisen auf, sondern eher durch PR zu Gunsten der Konzerne bei Tierschutzskandalen oder durch Schönfärberei der anhaltend ruinösen Lage von Vertragslandwirten. Der mit dem niedersächsischen Landvolk-Verband eng verbundene NGW unterstützt vielmehr die Agrarindustrialisierung mit ihrer Verdrängung unabhängiger mittelständischer Geflügelhalter mit artgerechter Tierhaltung. Nun hat die AbL den nieder-

sächsischen Landesrechnungshof gebeten, die Verbindungen zwischen der Landwirtschaftskammer und dem NGW zu überprüfen. Die Hausadresse beider ist identisch, auch ist die NGW-Mailadresse eine der Landwirtschaftskammer. Die Kammer ist eine Körperschaft des Öffentlichen Rechts, die aus Bauernbeiträgen und Steuern finanziert wird. Ihr Präsident Arendt Meyer zu Wehdel hat nun bereits angekündigt, dass man dem NGW nicht länger eine Kammer-Mailadresse einrichten werde. Die Berechnung von Räumlichkeiten und Material erfolge nach „ortsüblichen Bedingungen“ bzw. zu Vollkosten und Gebührensätzen. Die räumliche Nähe der beiden Einrichtungen beeinträchtigt deren Autonomie nicht, sondern sei wegen „gleicher oder sich überschneidender Adressaten“ durchaus üblich und zweckmäßig... , so Meyer zu Wehdel.

Tierschutzverstöße

Laut einem Bericht der dänischen Lebensmittelbehörde ging Landwirtschaftsministerin Mette Gjerskov laut SUS mit Schweinehaltern hart ins Gericht. 2011 war die Hälfte der kontrollierten Bestände beanstandet worden – die meisten mit Verwarnungen, viele jedoch auch mit Auflagen und sogar Strafanzeigen. Im Bericht „Tierschutz in Dänemark 2012“ werden vor allem Behandlung und Pflege kranker und verletzter Schweine bemängelt. *pm*

Tötung nach Stallbrand

Bei einem Stallbrand kamen im niederländischen Groesbeek 5.000 Zuchthennen ums Leben, die übrigen 30.000 überlebten. Der Unternehmer hielt sie aber für zu schwach für die weitere Produktion. Die Tötung der Tiere erfolgte dann laut *AgriHolland* unter Aufsicht der Behörden durch Vergasen im Stallgebäude. *pm*



Ohne gemeinnützige Lobby

Foto: Dreiuicker/pixelio

Tierquäler

Auf der NGW-Internetseite wird als Vorstandsmitglied aus dem „Arbeitskreis Moschusenten- und Gänsehaltung“ weiterhin Rudolf Schwerk genannt, gegen den die Staatsanwaltschaft Stade laut *Hamburger Abendblatt* einen Strafbefehl wegen Tierquälerei verhängte, nachdem es zahlreiche Berichte über das qualvolle Maschinenrupfen lebender Gänse gegeben hatte. Schwerk, der neben ca. 20.000 Gänsen auch Enten hielt, erhielt wegen des Inverkehrrbringens angebrüteter Enteneier ein Tierhaltungsverbot. *en*

Agrarindustrieller Erntedank

Bauernverband und Kirchen beschönigen industrielle Nutztierhaltung

Nur mit Verständnislosigkeit und Enttäuschung kann man auf die diesjährige „Erntedankerklärung“ zur Nutztierhaltung von Bauernverband, Landfrauenverband, Evangelischer und Katholischer Kirche reagieren. Darin werden undifferenziert die angeblich „höchsten Tierschutzstandards“ in Deutschland gelobt, jeglicher Stallbau und „technische Fortschritte“ als Beitrag zum Tierschutz bewertet. Dies gelte auch für die „Kleingruppen in der Legehennenhaltung“, womit die Haltung in Großkäfigen umschrieben wird. Die Tierschutz-Bewegung wird in der Erklärung als emotionale Diskussion einer nutztierfernen und haustierorientierten Gesellschaft interpretiert, die Kritik an der Industrialisierung der Nutztierhaltung mit der schlichten Behauptung abgetan, das Wohl des Einzeltieres sei nicht abhängig von der Anzahl der Tiere. Der Begriff „Massentierhaltung“ wird abgelehnt. Die „Diskussion über Fortschritte in der Nutztierhaltung“ wird in einem Atem-

zug genannt und in einen Topf geworfen mit „persönlichen Diffamierungen und Drohungen gegenüber tierhaltenden Landwirten oder gar Brandanschlägen“. Die Schwierigkeiten gerade kleinerer Schweinebetriebe durch die Umstellung auf Gruppenhaltung werden zwar genannt, ohne aber die Ursachen der ruinösen Marktverhältnisse oder gar realistische Strategien eines Umbauprogramms zu Gunsten einer artgerechten Tierhaltung in bäuerlichen Strukturen zu thematisieren. Der Lebensmittelhandel bleibt beliebter Watschenmann, um von der Verantwortung von Investoren und Schlachtkonzernen abzulenken. Trotz Appellen zu Dialog, „Augenmaß“ und Mitgeschöpflichkeit fällt diese Erklärung somit weit hinter bisherige Positionierungen der Kirchen zurück.

Es geht auch anders

In einem Positionspapier hatte sich die Synode der Evangelischen Hannoverschen Landeskirche 2011 demgegenüber für

„höchste Standards“ in der Tierhaltung ausgesprochen: „An den genannten Maßstäben und Standards gemessen, muss bezweifelt werden, dass man in Großeinheiten und Großschlachtenanlagen, wie sie heute bestehen oder geplant werden, dem Tierwohl und den sozialen und umweltethischen Anforderungen gerecht werden kann. Darum sollten die bestehenden Anlagen gründlich überprüft und neue Anlagen nur dann genehmigt werden, wenn sie den genannten Maßstäben und Standards uneingeschränkt Rechnung tragen. Zu vermeiden ist eine nationale und internationale (Land)wirtschaftspolitik, die zwangsläufig von industrieller Technologie und Philosophie bestimmte Großhaltungen zur Folge hat. Technologie muss generell wieder „dienende“ Funktion übernehmen. Es ist ein Wandel notwendig, der zielgerichtet und unverzüglich zu Formen der Tierhaltung und Tiernutzung im Sinne von Tierwohl, Menschengesundheit und Nachhaltigkeit führt.“ *en*

Immer wenn Wissenschaftler kritisch zur Gentechnik forschen und schließlich in die Öffentlichkeit gehen, gibt es Ärger. Die Fortschrittgläubigkeit wird in Frage gestellt, um viel Geld geht es sowieso. Dabei sollte doch eigentlich der Verbraucherschutz und das Vorsorgeprinzip im Vordergrund stehen, eine Unabhängigkeit von Konzerninteressen und das Recht zu wissen, was wirklich ist. Mindestens Vorsicht ist angebracht, das gilt für die Gentechnik selbst wie auch für ihre Begleiter, Glyphosat und Patente auf Leben, wenn nicht Widerstand. Eine kritische Bewegung ist wichtiger denn je!



Keine Zweifel erlaubt!

Die europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit ist nicht bereit, dem Verdacht auf eine kanzerogene Wirkung bei Genmais nachzugehen

Es ist Herbst und die Blätter färben sich gelb. Nicht nur an den Bäumen, auch auf den Feldern. Roundup hilft bei der Unkrautbekämpfung. Frei verkäuflich und mit offizieller Unbedenklichkeitsbescheinigung von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und dem Bundesinstitut für Risikoforschung (BfR). Und doch könnte es anders sein. Grund zur Skepsis bietet die vor ca. einem Monat veröffentlichte Studie des französischen Forscherteams um Gilles-Eric Seralini. Die in der Fachzeitschrift *Food and Chemical Toxicology* veröffentlichte Studie „Long term toxicity of a Roundup herbicide and a Roundup-tolerant genetically modified maize“ hat die Langzeitauswirkungen einer Aufnahme von gentechnisch verändertem Mais NK 603 sowie die von Roundup bei Ratten untersucht. Seralini und sein Team stellten fest, dass Ratten, die ihr Leben lang gentechnisch veränderten Mais fressen, früher sterben als ihre Verwandten, die normalen konventionellen Mais zu fressen bekommen. Schnell wurde die Bedeutung dieser Erkenntnisse klar. Neben vielen Kritikpunkten an gentechnisch verändertem Saatgut, der steigenden Abhängigkeit von einigen wenigen, international agierenden Unternehmen, der immer weiter fortschreitenden Patentierung von Pflanzen, der Zerstörung einer gentechnikfreien Produktion und einer Wahlfreiheit durch Bauern und Verbraucher, stellen die Ergebnisse einen begründeten Anfangsverdacht gegen die gesundheitliche Unbedenklichkeit des untersuchten gentechnisch veränderten Mais NK603. Und nicht nur gegen den Mais. Die Forscher hatten parallel die Auswirkungen der Auf-

nahme von Roundup mit dem Wirkstoff Glyphosat auf die untersuchten Ratten getestet. In einer direkten Reaktion hatte der russische Föderale Verbraucherschutzdienst die Einfuhr von NK603 zumindest vorübergehend untersagt.

Undurchsichtige Allianz

Nur wenige Tage dauerte es, da hatten sich die Fronten der Gentechnikbefürworter geschlossen. Monsanto hielt sich anfangs auffällig zurück. Als erste äußerte sich der Gentechniklobbyverband Biologie, Biowissenschaften und Biomedizin (VBIO) und attestierte der Studie, ohne Argumente zu nennen, pauschal „erhebliche Mängel“. Danach wurde die Studienschele der französischen Wissenschaftler von der EFSA vorangetrieben. Dicht gefolgt vom BfR. Die Hauptkritikpunkte sind, dass die Zahl der Versuchstiere pro Gruppe zu gering sei und die im Versuch verwendeten Ratten aus einer Linie von Versuchstieren stammen, die auch bei normaler Fütterung mit steigender Lebenszeit ein erhöhtes Krebsrisiko aufwiesen. Die französischen Forscher hätten keine Fragen formuliert und Informationen über das Futter verschwiegen. In einzelnen Punkten muss man den Wissenschaftlern von EFSA und BfR vermutlich recht geben. Aus Sicht einer verlässlichen Statistik ist eine höhere Zahl an Versuchstieren zu fordern. Da die Wissenschaftler immer auch eine Kontrollgruppe hatten, die mit konventionellem Futter gefüttert wurde, heben sich auf der Genetik der Tiere basierende gesundheitliche Beeinträchtigungen auf, da diese in allen Gruppen gleich auftreten. Dass die Wissenschaftler keine Fragen stellten, könnte

man im Sinne der Wissenschaftstheorie als besonders gelungen bezeichnen. Auf diese Weise hätten sie ausgeschlossen, ihre Studie bewusst so auszulegen, dass sie die von ihnen erwarteten Ergebnisse erzielten. Eine zentrale Frage gab es aber doch, die nach den Auswirkungen von Roundup und des gentechnischen Mais NK603.

Schnelle Ablehnung

Die Autoren der Studie wurden sowohl von EFSA als auch vom BfR um ergänzende Informationen gebeten. Anstatt diese abzuwarten, kommt BfR-Vizepräsident Prof. Reiner Wittkowski zu dem Schluss: „Die Studie hat sowohl Schwächen im Design als auch in der statistischen Auswertung, so dass die Schlussfolgerungen der Autoren nicht nachvollziehbar sind.“ Nicht belegt sei auch die Aussage zur Langzeitaufnahme des glyphosathaltigen Pflanzenschutzmittel Roundup, die zu schweren Gesundheitsschäden und früherem Versterben führen könnte. Dem Beobachter stellt sich die Frage nach der Motivation von EFSA und BfR, die Publikation ohne genauere Detailkenntnisse zu zerreißen.

EFSA in der Pflicht

Ceralini erklärte Anfang Oktober, der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) keine zusätzlichen Daten über seine Forschung zur Verfügung zu stellen. Vielmehr ging der Wissenschaftler in die Offensive und forderte seinerseits von der EFSA, ihre Daten über die Unbedenklichkeit des Genmais NK603 und das Pestizid Roundup öffentlich zu machen. Es sei „ein Skandal“, dass die EFSA ihre Daten geheimhalte,

kommentierte Seralini das Vorgehen der Behörde. Dass in Fachzeitschriften nur ein Ausschnitt der Untersuchungsdaten wiedergegeben wurde, ist durchaus üblich. Der Schwerpunkt derartiger Publikationen liegt in der Regel auf der Darstellung der Ergebnisse. Allerdings ist schon die Tatsache der Veröffentlichung in einer Fachzeitschrift ein Qualitätsmerkmal der Studie, da die veröffentlichten Ergebnisse, schon im Interesse des Verlages, in aller Regel von unabhängigen Wissenschaftlern auf ihre Glaubhaftigkeit geprüft werden. Ist der Angriff von EFSA und BfR auf Ceralini also in Wirklichkeit eine Verteidigung der eigenen Prüfstandards, wie es Christoph Then von Test-Biotech vermutet. In der Vergangenheit hatten beide Behörden sowohl gentechnisch veränderten Pflanzen als auch Roundup immer wieder eine gesundheitliche Unbedenklichkeit bescheinigt.

Dringender Handlungsbedarf

Christoph Then verteidigt die Ergebnisse Ceralinis und weist darauf hin, dass die französischen Wissenschaftler nicht von Beweisen, sondern von deutlichen Hinweisen auf gesundheitliche Schäden sprechen. Die Wissenschaftler selbst fordern, den aufgeworfenen Fragen mittels weiterer Untersuchungen nach zu gehen. „Solange die Ergebnisse der französischen Studie nicht eindeutig widerlegt werden, ist es unverantwortlich, diese nur aufgrund von methodischen Mängeln zu verwerfen“, so Then. Selbst wenn die Studie nicht als endgültiger Beweis für die Risiken von gentechnisch veränderten Pflanzen angesehen werde, liege die Beweislast jetzt bei der Industrie. m

Keine Akzeptanzbeschaffung für Agro-Gentechnik an Schulen!

Gentechnik-Frei Bündnis in Niedersachsen kritisiert tendenziöses Projekt

Mit erheblicher finanzieller Unterstützung von Niedersachsens Landwirtschafts- und Kultusministerium fand an vier hannoverschen Stützpunktschulen von 2008 bis 2012 das Modellprojekt „HannoverGEN“ statt. Über 6.000 Schülerinnen aus 40 Schulen führten Experimente in Gentechniklaboren durch. Zusätzlich sind Schüler- und Lehrermaterialien zum Thema Agro-Gentechnik entwickelt worden. Aus internen Projektskizzen geht hervor, dass das Projekt mit einem Budget von 13 Mio. Euro aus niedersächsischen Steuermitteln auf 50 Schulen in Niedersachsen ausgeweitet werden soll. Eine öffentliche Debatte zu NiedersachsenGEN gab es bislang nicht und ist offenbar nicht im Interesse der schwarz-gelben Landesregierung. Schließlich wird in Niedersachsen im Januar 2013 ein neuer Landtag gewählt.

Bewertungskompetenzen

Das Bündnis für Gentechnikfreie Landwirtschaft Niedersachsen, Bremen, Hamburg hat eine Studie zum Schulprojekt erstellen lassen. In ihr wird aufgezeigt, dass mit Steuermitteln in Schulen Akzeptanzbeschaffung für Agro-Gentechnik betrieben wird. Ein von den Initiatoren von HannoverGEN formuliertes Ziel ist es, die Bewertungskompetenzen der Schülerinnen und Schüler zum Thema Gentechnik zu fördern. Allerdings werden die Materialien ihren eigenen Ansprüchen nach Ausgewogenheit, Sachlichkeit und Nicht-Beeinflussung von Schülern nicht gerecht. Die Analyse der Schulmaterialien zeigt vielmehr, dass die Informationen an vielen Stellen einseitig sind und mit Halbwahrheiten und unterschwelligem Manipulationen arbeiten. Ausgewogene und differenzierte Sachinformationen aber sind Voraussetzung, um sich ein eigenes Urteil über die Agro-Gentechnik zu bilden und um ethische Bewertungskompetenzen der SchülerInnen – so ein Projektziel – zu fördern. Wichtige gesellschaftliche Fragestellungen und übergeordnete Aspekte zur Agro-Gentechnik werden gar nicht oder nur unzureichend thematisiert. So werden die Erfahrungen mit dem Gentechnikbau in Nord- und Südamerika nicht aufgeführt. Die Resistenzbildungen bei Ackerunkräutern und Schädlingen, der gesteigerte Pestizideinsatz, die Auswirkungen von Patenten auf Landwirte und die Saatgutzüchtung bleiben unerwähnt. Auch die Folgen des Gentechnikeinsatzes auf die gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung spielen keine

Rolle. Gentechnikopposition wird auf Feldzerstörungsaktionen reduziert. Dass kontinuierlich 70 bis 80 Prozent der Bevölkerung Gentechnik ablehnen, einschließlich der Mehrheit der Landwirte sowie des Lebensmittelhandels, das alles wird bei HannoverGEN ignoriert. „Eine solch einseitige Informationsauswahl ist entweder ignorant oder

lung von biologischem Grundwissen und Wertorientierungen an Jugendliche eine Schlüsselrolle zu.“ Wissenschaftlicher Leiter des Projekts ist Prof. Dr. Hans-Jörg Jacobsen von der Leibniz Universität Hannover, der die Risiken der Gentechnik schlicht negiert: „Nach jetzigem Stand von Wissenschaft und Forschung existieren keine Risiken“, so

der das Unterrichtsmaterial noch einmal prüfen könne – in diesem könnten auch Kritiker sitzen, so das Landwirtschaftsministerium gegenüber der Zeitung. „Momentan können wir uns nicht vorstellen, in einem solchen Beirat eine Alibifunktion zu übernehmen“, sagt David Petersen von Greenpeace Hannover. Vor den Landtagswahlen gehe es darum, die Parteien zu



Wenig Fingerspitzengefühl für Kritik an Gentechnik - HannoverGen

Foto: Fuhrmann/biosicherheit

interessengeleitet. Wer, wie der niedersächsische Umweltminister Stefan Birchner (FDP), einen sachlichen Umgang und eine differenzierte Betrachtung des Themas Gentechnik fordert, muss selbst Sachlichkeit und Ausgewogenheit bei Schulmaterialien sicher stellen! Deshalb muss HannoverGEN sofort gestoppt und darf nicht auf Niedersachsen ausgeweitet werden“, fordert das Bündnis für Gentechnikfreie Landwirtschaft Niedersachsen, Bremen, Hamburg in einer Presseerklärung gemeinsam mit Greenpeace Hannover.

Schlüsselrolle

Initiiert hat das Schulprojekt HannoverGEN 2008 der damalige Ministerpräsident Christian Wulff von der CDU. Im Konzept damals ist die niedersächsische Landesregierung offen mit ihren Plänen hausieren gegangen: „Die Niedersächsische Landesregierung sieht bei einer verantwortungsvollen Nutzung [der Agro-Gentechnik] große Potenziale für die Agrarwirtschaft. Voraussetzung für eine umfassende Anwendung ist aber ein breiter gesellschaftlicher Konsens und eine verstärkte Aufklärungsarbeit über Nutzen und Risiken der Grünen Gentechnik. Dabei fällt den Schulen wegen ihrer Vermitt-

Jacobsen in einem Interview. Sein erklärtes Ziel im Hinblick auf Gentechnik-Kritik: „dass wir die Jugend so ein bisschen immunisieren gegen diese merkwürdige Propaganda“.

Keine Alibifunktion

Ein Sprecher der Landesregierung beharrte, zu der Ausweitung auf 50 Schulen in ganz Niedersachsen befragt, darauf, dass die veranschlagten 13 Mio. Euro „rein aus Steuermitteln“ fließen sollen und zwar „um die Neutralität des Projektes zu wahren.“ Auch das Kultusministerium weist die Kritik an dem Projekt zurück. Die Arbeitsmaterialien seien nicht tendenziös. Sondern „es geht darum, Schüler zu einer eigenständigen Bewertung und Beurteilung der Grünen Gentechnik zu befähigen.“ Der Sprecher des niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums sagte gegenüber der *tageszeitung*, dass keine Lobbyarbeit im Klassenzimmer betrieben werde. „Wir bekommen ausgesprochen positive Rückmeldung aus den vier teilnehmenden Schulen.“ Und aus einer Begleitstudie der Uni Münster, die den Einfluss des Unterrichts auf die Schüler untersuche, gehe hervor, dass sich zwar der Wissensstand der Schüler verbessert habe, nicht aber die Haltung zur Gentechnik. Eventuell werde ein Beirat eingesetzt,

klaren Positionen zu bringen. Linke und Grüne haben sich bereits kritisch zu Hannover-Gen geäußert. Deutliche Worte gibt es auch von den eigentlich Betroffenen: Der Landesschülerrat Niedersachsen sieht die „Konzeption und die Finanzierung des Projektes kritisch, da unterschiedliche Intentionen der Geldgeber nicht auszuschließen sind, und bezweifelt, dass eine objektive Beurteilung der Schülerinnen und Schüler im Rahmen des Modellprojektes in jedem Fall gefördert wird.“ Auf ihrer letzten Vollversammlung haben sie sich in einem Dringlichkeitsantrag mit deutlicher Mehrheit gegen eine Ausweitung des Projektes ausgesprochen, „da sie den schulexternen Einfluss auf die Meinungsbildung bei einem so brisanten Thema, wie der Agro-Gentechnik, äußerst kritisch betrachten.“ Das Bündnis für Gentechnikfreie Landwirtschaft hat ein erstes Etappenziel erreicht – eine öffentliche Debatte ist angestoßen. Die Politik gerät unter Rechtfertigungsdruck, und das kurz vor der Wahl.

*Annemarie Volling
Sprecherin im Bündnis für Gentechnikfreie Landwirtschaft Niedersachsen, Bremen, Hamburg und
AbL Gentechnik-Expertin
Die Studie des Bündnisses: www.abl-ev.de/themen/gentechnikfrei/hintergruende.html*

Harmloses Wundergift überall

Nichts wird mehr auf Äckern gespritzt als Glyphosat – mit welchen Folgen?

Kein anderer Pestizid-Wirkstoff wird weltweit mehr angewendet als Glyphosat. In Monsanto's Totalherbizid Round up macht es reinen Tisch auf dem Acker nach der Ernte und vor der Saat. Es kaschiert ackerbauliche Fehler und rettet Problemschläge in Sachen Unkraut. Aber es macht auch Grünland und Dauerstilllegungen beackerbar oder gerodeten Wald oder Wildnis. Gleichzeitig hält es Bahntrassen unkrautfrei und Gehwege, Parks und Gärten, öffentlich wie privat. Kein Wunder also, dass es eigentlich überall in unserer Umwelt zu finden ist, auch in Lebensmitteln und im Urin von Menschen und Tieren. Solange festgelegte Höchstwerte nicht überschritten werden, sei das kein Problem, so die Argumentation öffentlicher Stellen. Schließlich sei in wissenschaftlichen Untersuchungen noch nie ein ernsthaftes Gefährdungs-

Neubewertung der Glyphosat-Zulassung in der EU. Diese ist allerdings gerade auf 2015 verschoben worden. Und fast scheint absehbar, dass auch 2015 niemand der administrativen Glyphosat-Bewerter Zweifel an dessen Unbedenklichkeit haben wird. Denn kritische Bewertungen und wissenschaftliche Arbeiten zum Thema gibt es schon seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, ohne dass sie je Konsequenzen wie eine Neubewertung und Änderungen im Umgang mit Glyphosat in der EU oder in Deutschland hatten. Eigentlich alle Untersuchungen, die sich kritisch mit Glyphosat auseinandersetzen und zu Ergebnissen kommen, die die Unbedenklichkeit des Stoffes für Umwelt, Mensch und Tier anzweifeln, werden als unwissenschaftlich disqualifiziert. So auch die neusten Untersuchungen der italienischen Forschergruppe, die

oder Fortgang des auch wirtschaftlich erfolgreichsten Unkrautvernichtungsmittels unserer Zeit. Schließlich ist der Wirkstoff Baustein der Gentechnik auf dem Acker durch die Roundup-Ready-Pflanzen. Das heisst, Zulassungsbehörden, die Glyphosat negativ bewerten würden, stellten auch der Gentechnik ein Bein und damit dem Fortschrittsglauben an eine Zukunftstechnologie. Gepaart mit dem Lobbyapparat einer finanzschweren Industrie mag auch das ein Grund dafür sein, warum kritische Töne offiziell keinen Widerhall finden. Monsanto hat noch viel vor mit seinem Wunderherbizid. Märkte in den sogenannten Entwicklungsländern warten darauf, erschlossen zu werden. Dort ist das Engagement des Konzerns momentan besonders intensiv. Derweil ist der Einsatz von Glyphosat in Europa nach einem starken Anstieg in den 90er Jahren unvermindert hoch. Zahlen des

auch bei uns immer populärer. Während in Großbritannien laut Umfrage unter Farmern bereits bis zu 80 Prozent der Getreidebestände totgespritzt werden, sind es bei uns noch um 10 Prozent, die Tendenz ist aber steigend. Deshalb verwundern kaum Testergebnisse wie die von *Ökotest*, die in verschiedenen Brötchen, Flocken und anderen Getreideprodukten Glyphosat ausweisen.

Ackerbauliches Standardinstrument

Die Allgegenwärtigkeit von Glyphosat in unserer Umwelt formulieren jene Göttinger Wissenschaftler, die knapp 1.000 Fragebögen von Bauern und Bäuerinnen mit einer Landfläche von rund 250.000 Hektar ausgewertet haben, eher unkritisch – und machen sie damit umso deutlicher: „Glyphosat ist nicht nur ein Herbizid, sondern auch ein Ackerbauminstrument. Ein großer Teil der Stoppeln im Ackerbau Deutschlands wird mit Hilfe von glyphosathaltigen Herbiziden gepflegt. (...) Es ist jedoch offenkundig, dass Glyphosat in vielen Fällen als Standardinstrument angesehen und dementsprechend häufig eingesetzt wird. Da für alle Anwendungsgebiete Zulassungen bestehen, ist allerdings niemandem ein Vorwurf daraus zu machen.“ Unter den meisten konventionellen Ackerbauern und Beratern haftet nichts Negatives an dem Ackerbauminstrument zur Pflege der Stoppeln, im Gegenteil, es ist Teil des Konzepts einer reduzierten Bodenbearbeitung, das zur Bodenschonung und Erosionsprävention beiträgt, so die gängige Lehre. Wissenschaftler der Universität Hohenheim haben allerdings gerade eine Studie vorgestellt, wonach die auch gängige Lehre von einem zwingenden Zusammenhang zwischen Humusaufbau und reduzierten Bodenbearbeitungsverfahren über den Haufen geworfen wird. Sie fanden nur eine unterschiedliche Humus-Verteilung im Boden je nach Bodenbearbeitungssystem. Auch hier gäbe es also durchaus Gründe zur Neubewertung. Was wenn am Ende Glyphosat lediglich Kassenklingler der Gentechnikindustrie und Kosmetik für schlechte Ackerbauern ist? Und was wenn es dann auch nur die Hälfte der negativen Auswirkungen auf Mensch und Tier hat, die unabhängige Wissenschaftler ihm seit Jahren nachweisen? Dann wird der heutige Umgang der Politik und ihrer Administration mit dem Wirkstoff hoffentlich folgenden Generation ein Lehrstück sein in Sachen gelungenem Industrielobbyismus. cs



Durch Sikkation wird die Ernte erleichtert. Glyphosat reichert sich so in der Nahrungskette an.

Foto: Amazone

potenzial von Glyphosat ermittelt worden. Gerade erst antwortete das Bundeslandwirtschaftsministerium auf eine Anfrage des Grünen Bundestagsabgeordneten Harald Ebner, der wissen wollte, wie man mit den Funden von Glyphosat in Getreideprodukten durch die Zeitschrift *Ökotest* umzugehen gedenke: Gar nicht, schließlich sage *Ökotest* selbst, dass es sich lediglich um Spuren des Wirkstoffs handele, die unter den Rückstandshöchstmengen blieben. Und schließlich gebe es ja demnächst eine

nicht nur einen negativen Einfluss von Genmais in ihren Ratten-Fütterungsversuchen ausmachten, sondern auch einen von Glyphosat. Auch diese Untersuchungen folgen nicht dem offiziellen Studiendesign, dass die Behörden anerkennen, das aber vielleicht an manchen Stellen verhindert, dass kritische Fragen überhaupt gestellt werden.

Baustein der Gentechnik

An der Bewertung von Glyphosat hängt mehr als nur die Frage nach Ende

Bundesamts für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) machen deutlich, dass fast die Hälfte aller in Deutschland verkaufter Herbizide den Wirkstoff Glyphosat enthält. Zunehmende Bedeutung für den Einsatz des Wirkstoffs spricht eine Umfrage der Universität in Göttingen unter Bauern und Bäuerinnen aus dem vergangenen Jahr der sogenannten Vorerntesikkation zu. Dies Totspritzen des Getreides vor der Ernte, um durch einen gleichmäßigeren Abreifeprozess dem Mähdrösch die Arbeit zu erleichtern, wird

Europäischer Rechnungshof kritisiert Interessenkonflikte bei der EFSA

Die für die Risikoprüfung von Gentechnik-Produkten zuständige Europäische Lebensmittelbehörde EFSA steht aufgrund ihrer Gentechnik-Industrienähe immer wieder in der Kritik. In einem neuen Bericht weist selbst der EU-Rechnungshof auf „Drehtüreffekte“ zwischen der Behörde und der Industrie hin. Neben der EFSA hat der Rechnungshof drei andere EU-Einrichtungen für mangelnde Transparenz gerügt. Er stellte fest, „dass keine der überprüften Behörden angemessen mit Fällen von Interessenkonflikten umgegangen ist“, und dass es eine Reihe von Missständen gebe. av

Kalb mit fremden Genen ohne Schwanz

In Neuseeland haben Forscher eine gentechnisch veränderte Kuh erzeugt, die Milch ohne das allergieauslösende Eiweiß Beta-Laktoglobulin erzeugt. Auf dieses Eiweiß reagieren 2 bis 3 % der Säuglinge in den Industriestaaten allergisch. In Muttermilch ist das Eiweiß nicht enthalten. Bisherige technische Verfahren, das Eiweiß aus der Milch zu entfernen, seien zu aufwändig und nur bedingt erfolgreich, so die Forscher. Das nun geborene Kalb mit den veränderten Genen ist das einzige von fünf Versuchen. Es hat überraschenderweise keinen Schwanz. Für die Forscher ist es unwahrscheinlich, dass das Fehlen des Schwanzes mit dem Einschleusen fremder Gene zusammenhängt. Das sei viel eher eine natürliche Mutation, die ab und zu mal vorkommt. Ungeklärt ist auch, warum die Milch doppelt soviel Kasein enthält. Ob die GV-Kuh jemals auf den Markt kommt, ist höchst ungewiss. av

Kalifornien stimmt über Kennzeichnung ab

In den USA müssen Lebensmittel, die gentechnisch veränderte Bestandteile enthalten, bislang nicht gekennzeichnet werden. Der Bundesstaat Kalifornien stimmt am 6. November darüber ab, ob sich das in Zukunft zumindest dort ändert. Die Right-to-know-Initiative, die für Wahlfreiheit und Transparenz kämpft, hatte mit der Vorlage von einer Million Unterschriften einen Bürgerentscheid erzwungen. Die Gentechnikindustrie und große Lebensmittelhersteller haben mit einem Budget von 12 Mio. US-Dollar eine Gegenkampagne gestartet. Sie wollen verkaufen, zum Beispiel die US-Supermarktkette Walmart dies Jahr erstmals gentechnisch veränderten Süßmais zum direkten Verzehr. Andere große Handelsketten wie Whole Foods und General Mills weigerten sich, den Süßmais ins Sortiment aufzunehmen. Walmart hingegen sehe keine Sicherheitsprobleme. Das US-Centre for Food Safety kritisiert, dass es, obwohl der GV-Mais direkt verzehrt werden soll, keine Fütterungsstudien gibt! av

Erfreuliches Urteil zu Gunsten der Imker

Gegen einen Freisetzungsversuch mit gentechnisch verändertem Mais der Firma Pioneer hatte ein Imker aus Kitzingen geklagt, weil der in 800 m Entfernung zu seinem Bienenstand durchgeführt wurde. Verklagt hatte er die Genehmigungsbehörde, das Bundesamt für Verbraucherschutz (BVL) und die Bundesregierung. Die Klage wurde mit der Begründung abgelehnt, dass Fragen der „Koexistenz“ bei Freisetzungsgenehmigungen keine Rolle spielen würden und der Honig nicht im Sinne des Gentechnikgesetzes verunreinigt werden würde. Zudem müssten die Imker selber Sorge tragen, dass ihre Bienen keine GV-Maispollen in die Stöcke trügen. Danach fällte der Europäische Gerichtshof (EuGH) das „Honigurteil“, was auch Auswirkungen auf die beschriebene Klage hat. Der EuGH stellte fest, dass Honig, der GV-Pollen enthält, der keine Lebensmittelzulassung hat, nicht verkehrsfähig ist. Dieser „Paradigmenwechsel“ wäre laut Gericht auch im Berufungsverfahren von Bedeutung gewesen, wenn nicht beide Parteien den Rechtsstreit übereinstimmend als erledigt erklärt hätten. Interessant ist die Begründung: „Es spricht aber Überwiegendes dafür, dass die Freisetzungsgenehmigung (...) nicht als rechtmäßig hätte eingestuft werden können.“ Deutlicher wird der die Imker vertretene Rechtsanwalt: „Nach unserer Auffassung haben damit Freisetzungsanträge nach dem Gentechnikgesetz nach der derzeitigen Sach- und Rechtslage kaum noch Chancen auf Genehmigung“. av

Kurzes am Rande

Tomatenpatent auf dem Prüfstand

Grundsatzentscheidung für konventionell gezüchtete Pflanzen und Tiere fällig

Noch bis zum 30.11.2012 nimmt das Europäische Patentamt (EPA) Stellungnahmen zum Patent auf die sogenannte „Schrumpeltomate“ mit der Nummer EP1211926 entgegen. Das Tomatenpatent wurde im Jahr 2003 gewährt und bezieht sich auf Pflanzen, deren Früchte einen niedrigen Wassergehalt aufweisen und am Stengel hängend nach der Reife einzuschumpeln beginnen. Verwendung finden solche Tomaten z.B. in der Ketchupherstellung. Die „Schrumpeltomate“ ist zum Fallbeispiel für die grundsätzliche Frage geworden, ob Patente auf Pflanzen und Tiere vergeben werden können, die durch konventionelle Züchtungsverfahren ohne Anwendung von Gentechnik entstanden sind. Rund hundert solcher Patente oder Patentanträge auf Pflanzen oder Tiere liegen derzeit vor.

Verwirrende Rechtslage

Entscheiden muss nun zum zweiten Mal die Große Beschwerdekammer als höchste Instanz des EPA. Schon im Winter 2010 hatte sie eine erste Grund-

satzentscheidung getroffen und erklärt, dass Verfahren zur konventionellen Züchtung nicht patentierbar sind. In der Folge wurden alle Ansprüche dieser Art aus dem Tomatenpatent gestrichen. Übrig blieb ein Patent auf Tomatenpflanzen mit den beschriebenen Eigenschaften sowie deren Früchte und Saatgut – und die Frage, ob diese Ansprüche ohne Erklärung, wie sie zustande kommen, ebenfalls nicht patentierbar sind. Denn das Europäische Patentübereinkommen (EPÜ) bezieht sich auf Erfindungen und schließt Patente auf Pflanzensorten und Tierrassen sowie Züchtungsverfahren explizit aus. Allerdings ist es nach geltender Rechtslage trotzdem möglich, Patente auf Pflanzen und Tiere zu vergeben, wenn sie sich auf mehr als eine Sorte oder Rasse beziehen.

Kräftiger Gegenwind

„Das Patentamt ist zwar eine öffentliche Behörde und sollte einen Kompromiss zwischen der Öffentlichkeit und Firmeninteressen finden, in der Praxis ist es aber finanziell von den Unternehmen abhängig“, kritisiert Ruth Tippe von der Initiative „Kein Patent auf Leben“. Durch Patente sichern sich die Firmen Ansprüche auf Ressourcen und schaffen Abhängigkeiten für Landwirte, Züchter, Lebensmittelhersteller und Verbraucher. Um gegen diese Missstände zu demonstrieren, ruft ein Zusammenschluss verschiedener Umweltschutz- und Verbraucherorganisationen und Initiativen für den 30.11.2012 zur Demo in München auf. Sowohl Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner als auch das EU Parlament und der Deutsche Bundestag haben mittlerweile das Tomatenpatent zum Anlass genommen, sich gegen Patente auf konventionell gezüchtete Pflanzen und Tiere auszusprechen. cw



Tomaten an der Kette

Foto: Potthof

Wir blasen Euch den Marsch!
Demo: Keine Patente!
 30. November 2012, München
 Gemeinsam blasen wir der
 Gentech-Industrie den Marsch:
 Demo gegen Patent auf konventionell
 gezüchtete Tomate.
 ab 11 Uhr am Odeonsplatz, Abschlussaktion 13 Uhr Europäisches
 Patentamt in München,
 Erhardtstr.27,

Die Saat aufgehen lassen

Zahlreiche Aktivitäten zum Welternährungstag – IG Nachbau in Berlin

Als hätte ein übergroßer Sämann mit vollen Händen Saatgut über die Erde ausgestreut, das nun aufgehen muss. So wirkt es, wenn man sich Veranstaltungskalender von Saatgut-Aktivist:innen aus aller Welt zum Welternährungstag ansieht. Der 16. Oktober war der Höhepunkt von zwei Aktionswochen einer globalen Saatgut-Allianz unter der Federführung der indischen Bauernaktivistin Vandana Shiva. Zwischen Gandhis Geburtstag am 3.10. und dem Welternährungstag wurde in Slovenien gepicknickt, in Costa Rica und Ecuador gegen die Machenschaften der Saatgut-Multis demonstriert, in Spanien und Griechenland traditionelle Sorten getauscht, in Italien für die bäuerlichen Rechte am Saatgut im EU-Recht protestiert, in Deutschland sowie vielen weiteren Ländern ein Saatgut-Report zum Recht auf Saatgutfreiheit vorgestellt. Aus aller Welt berichten dort Menschen, die sich für freien Zugang zum Saatgut einsetzen, über die jeweilige rechtliche Situation, die Schwierigkeiten und ihre Aktivitäten. Auch die Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze stellt sich vor. Ihr Kampf für das bäuerliche Recht auf freien Nachbau wird umso wichtiger als Präzedenzfall, betrachtet man die weltweiten Bestrebungen der Saatgut-Konzerne, alles Saatgut als Ausgangsmaterial jeglichen Ackerbaus komplett in ihre Hand zu bekommen. Zum Welternährungstag wurde bekannt, dass die multinationalen Konzerne wie Monsanto in einer „Allianz für Ernährungssicherheit“ mit den Regierungen der G8-Staaten planen „lizenzierendes Saatgut in Afrika zu fördern“ und „frei zugängliches, traditionelles Saatgut zu unterbinden“. Auch die Bundesregierung trägt solche Sätze laut *tageszeitung* mit, schließlich fördern man damit die Wirtschaft.

Öffentlich machen

Den Hunger, so die Ansicht von NGO-Vertretern, wird man damit wohl eher verschärfen als lindern. „Hunger ist kein Schicksal, das vom Himmel fällt, am Hunger wird sogar noch verdient, wie die Spekulationen auf Nahrungsmittel zeigen. Damit muss Schluss sein. Wir brauchen einen politischen Aufstand des Gewissens, um zu Veränderungen zu kommen“, schreibt Georg Janßen für die IG Nachbau in einer Presseerklärung zum Welternährungstag und sagt: „Unsere Aufgabe ist es, die geplanten Machenschaften der Industrie öffentlich zu machen.“ Auch deshalb tourten Vertreter der IG Nachbau am Welternährungstag durch die Berliner Büros verschiedener Bundestagsabgeordneter. Eine Absage von Landwirtschaftsstaatssekretär Peter Bleser mit dem Hin-

weis, es gebe doch im Moment gar nichts zu bereden, war geradezu Ansporn, es doch zu tun. Schließlich braucht es nicht viel Fantasie, um sich vorzustellen, dass natürlich derzeit in Brüssel hinter den Kulissen bereits an der Neufassung des Saatgutrechts und damit auch an den Grundlagen für die Nachbaugebühren gestrickt wird. Die Politiker, die offen für Gespräche waren, sahen jedenfalls sehr wohl Handlungsbedarf, um das Thema überhaupt erst einmal auf die Tagesordnungen und in die Köpfe der beteiligten Entscheider zu bringen.

Nicht aufhören

Und während also am 16. Oktober Bauern in Berlin diskutierten und Saatgut-Aktivist:innen in Brüssel und Luxemburg demonstrierten, traf sich die European Seed Asso-

ciation (ESA), der Europäische Dachverband der Pflanzzüchter im Brüsseler Sheraton Hotel zu ihrer jährlichen Mitgliederversammlung. Bewusst in Brüssel, wie ihr Vorsitzender Garlich von Essen in der Einladung dazu formulierte, weil hier im politischen Zentrum der Europäischen Union derzeit über die Neufassung des gemeinschaftlichen Saatgutrechts verhandelt werde. Gesponsert vom Saatgutkonzern Syngenta stand entsprechendes Lobbying ganz oben auf der Agenda der ESA-Versammlung. Die Konsequenz der Bauern und Bäuerinnen vor Ort kann nur sein, aktiv zu werden und auf die Bundestagsabgeordneten vor Ort zuzugehen und zu informieren. Damit die Saat aufgeht, die überall auf der Welt von Menschen ausgesät wird, um ihre Freiheit zu erhalten. *cs*



Saatgut - überall auf der Welt Ernährungsgrundlage

Foto: Rudolph/pixelio

FDP für Nachbaugebühren

Happach-Kassan ganz auf Linie der Pflanzzüchter

In einem gemeinsamen Aufruf von IG Nachbau, AbL, Demeter und Naturland fordern die Verbände das uneingeschränkte Recht auf Nachbau. Bundesforschungsministerin Christel Happach-Kassan (FDP) antwortete nun für die FDP-Bundestagsfraktion. Ihre zweiseitige Stellungnahme fasst sie selbst im Anschreiben zusammen in dem Satz: „Ich freue mich, dass Sie Ihren Aufruf nicht als Kampf gegen die Pflanzzüch-

ter verstanden wissen wollen, vermisse jedoch entgegen dieser Aussage die Zusage, innerhalb ihrer Verbände auch für die Entrichtung der fälligen Nachbaugebühren eintreten zu wollen.“ Mit anderen Worten: diesen Brief hätten die Verbände sich auch sparen können, die Haltung der FDP ist eindeutig die der Pflanzzüchter. Sie vertritt deren uneingeschränktes Recht auf Nachbaugebühren, Hybridzüchtung und Gentechnik. *cs*



BGH-Termin

Am Dienstag, den 27. November um 9.00 Uhr findet in Karlsruhe der Prozess vor dem Bundesgerichtshof seine Fortsetzung, der eben von dort an den Europäischen Gerichtshof (EuGH) weitergereicht worden war. Es geht dabei um die Frage, ob die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) Schadensersatz einfordern kann, wenn Bauern und Bäuerinnen unter Umständen auch unabsichtlich unvollständige Angaben zum Nachbau gemacht haben. Der EuGH sieht die Bauern und Bäuerinnen in der Pflicht, die Begründung des Urteils fiel aber äußerst kompliziert und wenig nachvollziehbar aus. Insofern darf man gespannt sein, ob der BGH hier andere Wege geht. *cs*

Infos: Georg Janßen,
04131 407757

Mit Tierschutz punkten, ihn versilbern oder vergolden?

Unterschiedliche Initiativen wollen mehr Tierschutz im Stall und auch noch einiges andere mehr

Das Bild von der Sau, die mit großem Hallo durchs Dorf getrieben wird, stellt sich ein, setzt man sich derzeit mit dem Thema Tierschutz auseinander. Und das nicht nur, weil es doch maßgeblich um Schweine geht, wenn von allen Seiten derzeit wortgewaltig Verbesserungen in der Nutztierhaltung eingefordert werden. Sogar der Bauernverband will nun ein Tierwohlkonzept entwickeln, offenbar hat er gemerkt, dass ihm inzwischen niemand mehr glaubt, dass doch in allen deutschen Ställen immer alles prima ist. Offensive ist da immer gut, schließlich müssen sich auch wesentlich glaubwürdigere Vertreter in Sachen Tierschutz derzeit vorwerfen lassen, zu wenig konkret zu sein. So ergeht es gerade dem Konzept einer Arbeitsgruppe aus der Tierschutzorganisation Pro Vieh, den Schlacht- und Fleischvermarktungsunternehmen Tönnjes, Thönes Natur und Böselers Goldschmaus sowie dem Handelskonzern Rewe.

Punkte sammeln

Die Idee ist ein Punktesystem, mit dem bestimmte tierschutzrelevante Halungsmerkmale im Stall belegt werden. Die Bauern und Bäuerinnen, die an dem Zertifizierungsprozess teilnehmen, können diese Punkte sammeln und

werden – so der Plan – direkt dafür aus einem Fonds mit Extrazahlungen belohnt. Der Fonds soll sich, so die Pro Vieh Vorstellung, auch aus höheren Preisen für alle Fleischprodukte an der Theke speisen. Je mehr Punkte, sprich je mehr positive Aspekte unter dem Gesichtspunkt einer artgerechten Tierhaltung im Stall, desto mehr finanzieller Aufschlag auf den üblichen Schweinepreis. Stefan Johnigk von ProVieh, einer der Motoren dieser Tierschutz-Initiative, sieht darin die „Chance auf einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess in den Betrieben“. Man entlaste Betriebe sofort finanziell, anstatt sie in Vorleistung gehen zu lassen für ein etwaiges Label, dessen Preisauflage erst am Markt erwirtschaftet werden müsse. In seiner Vorstellung spielt eine große Rolle, dass qualifizierte Zertifizierer sehr genau in der jeweiligen Stall-situation erfassen, wie es dem Tier geht. Nicht nur gesundheitlich, sondern auch von den Möglichkeiten her, sein art eigenes Verhalten auszuleben, auch wenn die Stalleinrichtung nicht der Optimalzustand ist. Und die Frage, für welche Kriterien am Ende Punkte zu holen sind, ist noch sehr offen. Kritiker erheben den Vorwurf, das Konzept diene nur der Verhinderung echter Verbesserungen in Sachen Tierschutz, zu-

mal von der Initiative angedacht ist, den administrativen Apparat des QS-Systems zu nutzen. Dem haftet aber sowieso schon ein negativer Weichspülgeschmack an. Die konkrete Kritik, dass gerade die Rewe nur Interesse an dem Tierschutz nach Punkten habe, um das Tierschutz-Label des Tierschutzbunds zu verhindern, steht im Raum. Zumal bislang nicht klar ist, ob und wie die Tierschutz-Mehrleistung auf dem Endprodukt ausgelobt wird. Ein, wenn nicht der Aspekt, der für die Handelskonzerne normalerweise im Vordergrund einer Verbesserungsinitiative steht.

Politisch verstehen

Aber auch das Label des Tierschutzbunds muss sich Kritik gefallen lassen. Lange war unkonkret, welche Standards für die beiden geplanten Siegel – Premium oder Gold und Einstieg oder Silber – definitiv gelten sollen. Auch da aber ab November die ersten 20 Schweineställe und die Wiesenhof Privathof Geflügelställe für die Silberstufe zertifiziert werden und ab Januar 2013 die ersten Produkte in den Regalen liegen sollen, gibt es nun Konkretisierungen. Bestandsobergrenzen nahe der BImSch-Grenze, 3.000 Schweine, 60.000 Masthühnchen, ein Verbot des Schwänzekupierens mit zweijähriger Übergangsfrist und eine Umstellung auf eine gentechnikfreie Fütterung in drei Jahren sind Hürden, die für Betriebe durchaus überspringbar sind. Aber das ist ja auch gewollt beim Silberstandard: Er soll möglichst vielen konventionellen Schweinehaltern die Möglichkeit geben, am Programm zu partizipieren. Der Tierschutzbund könne sich nicht darauf zurückziehen, nur ein Premiumprogramm wie Neuland zu unterstützen, so Präsident Thomas Schröder, man könne die Millionen nicht so gehaltener Schweine nicht ignorieren. „Man muss das auch politisch verstehen, wir wollen mit der Einstiegsstufe auch Druck auf den Gesetzgeber machen, zeigen, es geht, damit das vielleicht irgendwann der Standard wird.“ Zeigen, dass es geht, auch unabhängig von der Betriebsgröße. „Ein wissenschaftlicher Zusammenhang zwischen Bestandsgröße und artgerechter Tierhaltung ist nicht so einfach herzustellen“, so Schröder, trotzdem habe man Beschränkungen gemacht, damit einem da nicht „später etwas ins Kreuz falle.“ In der Premiumstufe gibt es eine Beschränkung auf maximal 950 Schweine. „Eine Verpflichtung für die Betriebe, von der Einstiegsstufe zum Premium

weiter zu gehen, krieg ich nicht in die Kriterien“, bekennt Schröder, wenn auch dieser betriebliche Entwicklungsweg seine Hoffnung ist. Bernd Kuhn, der innerhalb eines Forschungsprojekts die ersten 20 Silberbetriebe berät, ist da abgeklärter: „Silber ist nicht der Weg zu Gold.“ Der Silberstandard ist das, was ein konventioneller Betrieb maximal machen kann ohne bauliches und unter Umständen damit auch finanzielles Tabularasa, so sieht er das. Das war noch anders, als die meisten Neulandbetriebe umgestellt haben, da gab es noch mehr alte Ställe, weniger perforierte Böden, Möglichkeiten, Ausläufe anzubauen... Außerdem waren die Bauern Idealisten, die zwar auch Geld verdienen wollten, aber eine größere Bereitschaft hatten, erst mal nur in eine gute Idee zu investieren. Und die vielleicht auch noch näher an ihren Schweinen waren. Für Kuhn ist ein zentrales Kriterium, ob artgerechte Schweinehaltung funktioniert oder nicht, die Frage, „wie viel die Bauern im Stall sehen“. Seiner Meinung nach ist es, nach Jahren technischer Optimierung der Tiere auf ein vorgegebenes System, immer weniger.

Blaue Augen

Stefan Johnigk will mit seinem Punktesystem die belohnen, die genauer hingucken und bereit sind, sich zu entwickeln. Bernd Kuhn glaubt, dass nur ein Gesamtsystem funktionieren kann. Das tut auch Thomas Schröder, wenn gleich er lobt, dass auch beim Punktekonzept der Tierschutz in die Breite geht und gleich Geld beim Bauern landen soll. Denn ihm wie auch allen Anderen ist auch klar, dass das Interesse der Vermarkter und des Handels nicht in erster Linie das Tierwohl, sondern das eigene Portmonee ist. Schlachtkonzern und Tierschutzlabel-Kooperationspartner Vion lässt verlauten, dass man einen Markt sehe, den es zu erschließen gelte, über Konkurrent Tönnjes wird kolportiert, ihm wäre es egal, wenn weniger Fleisch gekauft würde, Hauptsache das, was noch gekauft werde, ist von ihm. Und die Rewe sieht sich seit Anbeginn ihres Nachhaltigkeitskonzepts mit dem nicht ganz von der Hand zu weisenden Vorwurfs konfrontiert, ihr Pro Planet Label diene in erster Linie ihr selbst. Tierschutzpräsident Thomas Schröder bringt es auf den Punkt, wenn er sagt: „Das sind alles keine fröhlichen Tierschützer und wir werden uns noch das eine oder andere blaue Auge holen.“ cs



Neuland ist kein Tierschutz häppchenweise

Foto: Jasper

Verpächter Kirche an den Taten messen

Abl-Thüringen setzt sich für Umdenken bei der Landvergabe ein

Auch in diesem Jahr organisierte die Abl Thüringen gemeinsam mit der Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands (EKM) eine Höfefahrt. Erste Station war der Bioland-Gemüsebetrieb Grünschnabel in Cobstädt. In sehr lebendiger Weise stellte uns Bio-Gärtnermeisterin Alexandra Seidenstücker ihren vielfältigen Gemüsebaubetrieb vor, welcher sich deutlich von der im Hintergrund zu sehenden Agrarsteppe im Thüringer Becken abhob. Im Anschluss konnten wir das Lebensgut Cobstädt besichtigen, wo alte Obstbaumsorten erhalten und vermehrt werden und neben landwirtschaftlicher Arbeit in eigener Backstube und Hofkäserei Urprodukte direkt verarbeitet und vermarktet werden. Beide Betriebe sind Pächter von Kirchenland, das heißt, die Betriebsgründungen konnten in den vergangenen acht Jahren nur aufgrund der Verpachtung von Kirchenflächen stattfinden und damit junge Menschen sinnerfüllte Arbeit finden. Auf dem Naturerlebnishof in Hausen lernten Kirchenvertreter und Bauern einen nachhaltig biologisch wirtschaftenden Betrieb kennen, der durch die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen soziales Engagement zeigt und bäuerliche Struktur erhält. Der folgende Vortrag von Dr. Peter Kulle über das Thema „Boden und die Verantwortung im Umgang damit“ lieferte einige Denkansätze hinsichtlich der Verantwor-

tung, die sowohl Bauern als auch Verpächter tragen.

Neues Verfahren

Umso unverständlicher war dann auch für viele Bauern in Thüringen und angrenzenden Bundesländern das neue, im Juli beschlossene Pachtvergabeverfahren der EKM, welches auch unter www.ekm.de zu finden ist. Hier wird neben einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung gemäß der Düngeverordnung und der Nährstoffversorgung im Sinne guter fachlicher Praxis das Hauptaugenmerk für zukünftige Pachtverhältnisse mit der EKM auf Kirchenzugehörigkeit, regionale Herkunft und signifikant auf den Pachtpreis gelegt. Soziales Engagement der Betriebe wird bei der Pachtvergabe ebenso wenig berücksichtigt wie eine bäuerliche, nachhaltige und ökologische Bewirtschaftung. Auch die von der Abl vorgeschlagene Gentechnikfreiheit des Gesamtbetriebs bei Kirchenpächtern statt der nur gentechnikfreien Bewirtschaftung der Kirchenfläche fand kein Gehör bei der Ausarbeitung der neuen Kriterien. Neu dürfte für viele Bauern sein, dass sowohl bei Kirchen- als auch bei Pfarrland Pfarrer und Pfarrfrauen vor Ort keinen Einfluss mehr auf die Verpachtung nehmen können. Die Entscheidung obliegt den Kreiskirchenämtern, welche die Ausschreibung bewerten und intern festlegen, ab welchem Pachtangebot die Höchstpunktzahl ver-

geben wird und welcher Pächter letztlich den Zuschlag bekommt.

Ombudsmann

Sollte ein Pachtbewerber Fragen und Beschwerden hinsichtlich der Verpachtung des Kirchenlands haben, beschloss die EKM, eine Ombudsperson zur Vermittlung zu ernennen. Allerdings ist auch hier festgelegt, dass ein Ombudsmannverfahren nur von den Gemeindegemeinderäten, den Superintendentinnen und Superintendenten sowie der Amtsleitung der Kreiskirchenämter gestellt werden kann, jedoch nicht von Pachtbewerbern oder Pfarrern vor Ort. So wird auch hier eine große Hürde zu nehmen sein, bevor für Bauern und

Bäuerinnen nachvollziehbar werden kann, aus welchen Gründen sie Kirchenland nicht pachten konnten. Ernüchtert stellten die Abl-Bäuerinnen und Bauern in Thüringen fest, dass sich die Glaubwürdigkeit der EKM zukünftig verstärkt daran messen lassen muss, welche konkreten Taten Kirche in Bezug auf ihre Landvergabepraxis ihren Worten folgen lässt, um endlich praktisch den im Verkündigungsdienst abgehandelten Themen wie Bewahrung der Schöpfung, Hunger in den Drittweltländern als Folge unserer Agrarstrukturen und sozialer Verantwortung der Kirchen in den Dörfern gerecht zu werden.

Claudia Gerster, Abl-Thüringen



Landvergabe ist in Ostdeutschland Thema für Diskussionsrunden

Foto: Gerster

Reden ist schon Gold

Über das Buch „Leitbild: Schweiz oder Kasachstan“ entsteht eine Debatte über Agrarstruktur

Die Sperrschicht der Altkader bröckelt langsam“, sagt Michael Beleites in Bezug auf die Resonanz, die es auf sein Buch „Leitbild Schweiz oder Kasachstan“ in den vergangenen Wochen gegeben hat. „Die Medien interessieren sich“, begründet er seine Wahrnehmung, „das hätten sie früher nie gemacht.“ Jüngst druckte die *Sächsische Zeitung* eine ganze Seite verfasst von Beleites, auf die es auch Leserbriefe gab. Es entsteht eine Debatte um die ostdeutsche Agrarstruktur, zumindest in landwirtschaftlichen Kreisen und begrenzt in der großen Öffentlichkeit, aber immerhin. Wenn auch die Reaktionen auf Beleites Ausführungen zu den Auswirkungen der Zwangskollektivierung in der DDR und der Fortführung der Großbetriebsstrukturen nach 1990 durch die politisch Verantwortlichen nicht nur positive Reakti-

onen zur Folge haben. Allen Kritikern voran unterstellte der ehemalige Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium Gerald Thalheim (SPD), Beleites Motiv für das Buch sei „der Ärger, nicht selbst mehr von dem Kuchen abbekommen zu haben“. Er dresche auf die Leute mit der stalinistischen Keule ein, weil sie auf großen Schlägen wirtschafteten, dabei wäre es volkswirtschaftlich unsinnig gewesen, wenn mehr bäuerliche Betriebe nach dem Ende der DDR entstanden wären.

Natürlich gewachsen

Auch sein noch das Amt des Landwirtschaftsministers von Mecklenburg-Vorpommern innehabender Parteikollege Till Backhaus bezeichnet die Strukturen in seinem Bundesland als „natürlich gewachsen“. Darauf entgegnete

ihm Abl-Bauer Jörg Gerke in einer Pressemitteilung: „Die heutigen Großbetriebsstrukturen sind nicht gewachsen, sondern verdanken sich der blanken Gewalt gegen die Bauern durch die Zwangskollektivierung und Industrialisierung der Landwirtschaft in der DDR sowie nach der Wende, insbesondere der Bodenpolitik bezüglich der öffentlichen Flächen des Bundes und des Landes.“ Statt breiter Eigentumsstreuung zu Gunsten vieler Einheimischer, so Gerke, würden mittlerweile diese besonders geförderten Großbetriebe nach und nach auch noch an orts- und berufsferne Investoren verkauft. Auch habe falsche Förderpolitik dafür gesorgt, dass gerade Großbetriebe mit geringer Produktivität und wenig Arbeitsplätzen auch sonst ungerechtfertigte Vorteile genießen. Die von

der EU angestrebte Kappung dieser Förderung werde im Land aber nach wie vor von allen Parteien außer den Grünen abgelehnt.

Kein Handlungsbedarf

Auch die Bundesregierung sieht laut eines Antwortschreibens auf eine Anfrage dazu von der Abl keinen Bedarf, die eigene Bodenpolitik in Bezug auf Verpachtung und Verkauf der BVVG-Flächen zu verändern, im Hinblick auf ein zunehmendes Interesse außerlandwirtschaftlicher Investoren an landwirtschaftlichen Flächen und Betrieben gerade im Osten Deutschlands geht sie davon aus, dass das Thema Boden „uns weiter beschäftigen wird“. Die Bundesländer werden sich voraussichtlich auf der nächsten Agrarministerkonferenz im Frühjahr 2013 damit befassen. cs

Zurück in die Zukunft des Ackerbaus

Eine fast schon revolutionäre Idee: 20 Prozent Leguminosen in der Fruchtfolge. Für die Einen der Rückfall ins Mittelalter, für die Anderen die Voraussetzung für eine wirkliche Ökologisierung einer zukunftsfähigen Landwirtschaft. Was sagt uns der Blick durch die vermeintlich objektive Brille? Aufzählen lassen sich eine Menge an positiven Punkten, die auch die Kritiker der Leguminosen nicht abstreiten: Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit & Biodiversität, regionale und gentechnikfreie Eiweißfuttermittel, positiver Beitrag zum Klimaschutz, Auflockerung enger Fruchtfolgen und, und, und... Die Liste ließe sich noch fortsetzen, aber wenn es dann um die Möglichkeiten einer den Eiweißpflanzenanbau flankierenden Agrarpolitik geht, kommen die typischen Gegenargumente: fehlende Ökonomie, keine Ertragsstabilität der heimischen Leguminosen, heimischer Leguminosenanbau ist nicht nachhaltig. Gerade letzter Punkt ist genauer zu betrachten, da die Gegenspieler durch den häufig benutzten Begriff der Nach-

haltigkeit suggerieren, ihr Wirtschaftsmodell wäre eben dies.

Weltweite Arbeitsteilung

Worum geht es genau? Im großen globalen Spiel der sogenannten Rohstoffmärkte gibt es das Modell der „weltweiten Arbeitsteilung“. Die Standorte mit den jeweiligen komparativen Kostenvorteilen für ein Produktionssystem, zum Beispiel Soja für Amerika, spezialisieren sich auf eben jene Frucht, die in der Einzelbetrachtung am wirtschaftlichsten ist, und „beglücken“ damit die Welt. Für Europa ist es eher das Getreide. In England, „dem Mekka des komparativen Kostenvorteils für Winterweizen“ – mehr als 65 Prozent des Getreides sind dort Winterweizen – wird seit den 1970/80er Jahren der Ackerbau intensiviert. Durch den Beitritt zur damaligen Europäischen Gemeinschaft und dadurch steigende Getreidepreise wurde der Anbau massiv ausgedehnt. Grünland wurde umgebrochen und schwere, ton- und humusreiche Böden in Kultur genommen, wie

ein Beitrag in der *top agrar* zu berichten weiß. Nicht nur das südöstliche England mit seinen Ackerbauregionen um Cambridge und Oxford wurde der „10 Tonnen-Club“ genannt. Die Zeiten haben sich geändert. Die Überschriften auch: „Den Ackerbau völlig ausgereizt“ und Schlussfolgerungen zu den zu engen Getreidefruchtfolgen wie „Mit diesem System haben die Engländer ihren Ackerbau an die Wand gefahren“ zeigen die Dramaturgie einer Geschichte ohne happy end. Probleme dieser einseitigen Bewirtschaftung sind mitunter sich entwickelnde Resistenzen gegenüber Herbiziden bei Gräsern, hier zumeist der Ackerfuchsschwanz. Die chemische Industrie gibt offen zu, dass es in naher Zukunft keine wirksamen Neuzulassungen geben wird.

Alternative Leguminose

Und was hat das alles mit Leguminosen zu tun? Nehmen wir die Ackerfuchsschwanzresistenz: zu enge (Getreide) Fruchtfolgen haben einen erheblichen Beitrag zu der Problematik geleistet. Schaut man sich die diskutierten Verbesserungsvorschläge an, liest man neben diversen Pflanzenschutzstrategien, die Einbeziehung von ganzjähriger Luzerne. Die Winterackerbohne hat in den milderen englischen Wintern auch ihren Platz. In Schleswig-Holstein gibt es auf den schweren Marschstandorten schon seit einigen Jahren positive Erfahrungen mit Ackerbohnen auf den von Ackerfuchsschwanz verseuchten Flächen. Wichtig ist natürlich auch der Wechsel von Sommerung und Winterung. Da liegt ja die Idee nahe, den momentan lukrativen Mais ins Spiel zu bringen. Bezüglich einer Ackerfuchsschwanzresistenz ist er aber nicht wirklich hilfreich, da die Pflanzenschutzmittel denselben Wirkort haben. Summa summarum kann man festhalten, dass eine größere Artenvielfalt Lösungen bietet. Das müssten jetzt nicht zwangsläufig Leguminosen sein, denkt sich der neutrale Beobachter. Aber neben der Tatsache, dass viele (Körner-)Leguminosen überwiegend in der Sommerform vertreten sind, kommen ihre anderen Vorzüge als Stickstoffsammler, Mobilisierer von Makronährstoffen wie Phosphor und ihre humusaufbauende Wirkung zu Tage.

Ertragsschwankungen – Welche?

Aber, so hört man schon die angeblich kritischen Geister anmerken, da sind doch noch die erheblichen Ertragsschwankungen der heimischen Leguminosen. Stimmt das so? Schaut man sich

die Ertragsprognosen und die dann erzielten realen Erträge von zum Beispiel Soja an, ist eigentlich nur die Kurve für die Ertragsprognose eine lineare. Die realen Erträge sind sehr schwankend, wie wir in diesem Jahr wieder einmal feststellen mussten. Höhere Gesamterntemengen kommen mitunter auch durch massive Flächenausdehnungen zustande – verstärkt auf gerodeten Primär- und Urwaldflächen (*Unabhängige Bauernstimme*, 09/2012). Erntestatistiken zum Thema Ertragsstabilität bei hiesigen Leguminosen erläuterte Professor Schäfer von der Fachhochschule Südwestfalen in einem Artikel der niedersächsischen *Land & Forstwirtschaftlichen Zeitung*. Der Pflanzenbauer zeigt, dass Erbsen- und Ackerbohnerträge der letzten 20 Jahre zum relativen Ertragsmittel gegenüber Winterweizen und Winterraps nicht stärker schwankten. Schnell kommt der Einwand, dass das Ertragsmittel der erwähnten Körnerleguminosen mit etwa 35 dt/ha relativ niedrig ist. Dies sei erst einmal dahin gestellt. Erträge, die im AbL-Projekt „Vom Acker in den Futtertrog“ in den letzten beiden Jahren erhoben wurden, sprechen eine andere Sprache, aber es geht bei dieser Behauptung der instabilen Erträge ja letztendlich um den Eindruck, dass man mit Körnerleguminosen nicht kalkulieren könne. Man kann! Umso mehr, wenn endlich die von allen erforderlich erachteten verstärkten Aktivitäten im pflanzenbaulichen wie züchterischen Bereich stattfinden. Wichtig ist doch erst mal, dass die kleinen Kraftmeier bezüglich eigener Stickstoffproduktion wieder auf die Äcker kommen!

Klimaschutz

Wobei wir bei dem Punkt Klimaschutz wären. Es kann gar nicht oft genug erwähnt werden, zu was diese große und vielfältige Pflanzenfamilie der Leguminosen fähig ist. Das Beispiel der Ackerbohne, die im Durchschnitt 200 Kilogramm Luftstickstoff bindet und davon einiges der Nachfolgefrucht zur Verfügung stellt, sei hier noch mal erwähnt. 200 Kilogramm synthetischer Stickstoff erzeugt mit dem Haber-Bosch-Verfahren, benötigen eine Energie, die äquivalent zu der von 230 Liter Diesel sind. Können wir es uns wirklich leisten die genannten Vorzüge für eine Ökologisierung der Landwirtschaft wieder einmal nicht zu nutzen? Wohl kaum, alles andere wäre Mittelalter.

Christoph Dahlmann, AbL-Projekt
„Vom Acker in den Futtertrog“

2. Körnerleguminosentag Anbau und Perspektiven für die Zukunft

Anbauseminar für Landwirte



Eine Veranstaltung des Projekts „Vom Acker in den Futtertrog“ der AbL NRW und der Landwirtschaftskammer NRW für Bäuerinnen und Bauern und an Leguminosen Interessierte

28. November 2012

im Landwirtschaftszentrum Haus Düsse

Pflanzenbauliche Strategien zur Steigerung der Wertschöpfung,

Prof. Knut Schmidtke, Hochschule Dresden

Bodenfruchtbarkeit und Schwefeldüngung, *Claudia Hof-Kautz,*

Ökoteam der Landwirtschaftskammer NRW

Erfahrungen mit Anbau von Ackerbohnen, *Peter Angenendt,*

Landwirt aus Drensteinfurt

Befragung unter Körnerleguminosenanbauern - Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt LeguAN, *Dorothee Alpmann, FH Soest*

Soja - eine Alternative auch für NRW?, *Prof. Dieter Trautz,*

Hochschule Osnabrück

Erfahrungen mit dem Anbau von Sojabohnen, *Benedikt*

Sprenger, Landwirt aus Beckum

Ökonomie von Leguminosenfruchtfolgen, *Christoph Dahlmann,*

Projektleitung „Vom Acker in den Futtertrog“, AbL NRW

BMELV-Eiweißpflanzenstrategie, *Annegret Groß-Spangenberg,*

BLE

Diskussion - Schlussfolgerungen für Praxis, Beratung, Versuchswesen und Politik

Anmeldung: www.landwirtschaftskammer.de

Kontakt: Barbara.Herbers@lwk.nrw.de, Tel: 02945 989-142;

dahlmann@abl-ev.de, Tel: 02381-9053170, Fax: -492221

Gemeinsam verantworten

Für eine Zusammenarbeit von Bauern und Verbrauchern

Das Ziel des 2011 gegründeten Netzwerks Solidarische Landwirtschaft ist es, die Solidarische Landwirtschaft (Solawi) in Deutschland zu fördern und einen entsprechenden Paradigmenwechsel in der Landwirtschaft voran zu bringen. Solawi ist der Community supported agriculture (CSA) verwandt und eine verbindliche lokale Zusammenarbeit von Erzeugern ökologischer Lebensmittel und Verbrauchern. Die Grundidee: Ein Hof versorgt eine feste Gruppe von Menschen, die umgekehrt dem Hof die dafür nötigen (finanziellen) Mittel bereitstellt. Alle teilen sich die damit verbundene Verantwortung, das Risiko, Kosten und Ernte. Dies entspricht einer bewährten Praxis: Für die längste Zeit der Menschheitsgeschichte waren Menschen mit dem Land verbunden, das sie ernährt hat. 1988 wurde der erste „Solidarhof“ in Deutschland, der Buschberghof, auf diese Wirtschaftsweise umgestellt. Für die Entwicklung und erfolgreiche Umsetzung dieses Konzepts erhielt er 2009 den Förderpreis Ökologischer Landbau.

Verantwortungsgefühl

Wie funktioniert Solawi? Es reicht ungefähr ein viertel Hektar, um eine Person ökologisch voll zu ernähren. Auf einer Jahresversammlung werden die Kosten eines Wirtschaftsjahrs vorgestellt und von den Mitgliedern verbindlich gedeckt. Entsprechend den individuellen Gegebenheiten der Wirtschaftsgemeinschaften sehen die Organisationsstrukturen unterschiedlich aus. Die Mitgliedsbeiträge werden häufig an Durchschnittswerten orientiert und der Selbsteinschätzung der Mitglieder überlassen (Gärtnerhof Entrup, Buschberghof). So wird ein sozialer Ausgleich möglich. Beiträge können auch durch Mitarbeit geleistet werden (CSA Freudenthal) oder es gibt feste „Ernteanteile“ (Kattendorfer Hof). „Bezahlt“ wird die Landwirtschaft, so

dass die Lebensmittel ohne Preis an die Mitglieder abgegeben werden. Was bedeutet das? Der Landwirt erhält finanzielle Sicherheit und kann sich ohne den Druck des Marktes einer nachhaltigen Landwirtschaft widmen. Die „Möhre“ wird nicht weggeworfen, weil sie zu krumm ist, und er weiß, für wen er die Lebensmittel anbaut. Die Mitglieder sind begeistert von den frischen, hochwertigen Nahrungsmitteln. Sie wissen, wo, wie und von wem sie angebaut werden und zu welchen Kosten. Sie stärken eine lebendige lokale Landwirtschaft und erhalten Erfahrungsräume und Bildung; insbesondere eine Motivation junger Eltern. Der persönliche Kontakt fördert das gegenseitige Verantwortungsgefühl füreinander.

Kommunikationsbereitschaft

Und wo sind die Schwierigkeiten? Die Veränderung der Hoforganisation kostet Energie, doch wenn es läuft, möchte kaum einer mehr tauschen. Solawi erfordert eine höhere Kommunikationsbereitschaft als die anonyme Vermarktung. Ein zentraler Punkt bei Mitgliedern ist häufig die Umstellung der Ess- und Kochgewohnheiten: Es gibt im Winter keine Tomaten (außer eingemachte). Insgesamt ist die noch relativ große Unbekanntheit des Konzepts ein Hemmnis der weiteren Verbreitung. Hier unterstützt das Netzwerk z.B. durch Öffentlichkeitsarbeit, Bereitstellung von Informationsmaterialien und Vorträgen vor Ort. Zudem ist das Netzwerk Ansprechpartner für agrarpolitische Organisationen und aktiv in Bildungs- und Forschungsprojekten. Vom 9.-11.11.12 findet in Kassel die Jahresversammlung des Netzwerks statt. Interessierte sind herzlich eingeladen. Weitere Informationen unter: www.solidarische-landwirtschaft.org.

Katharina Kraiß,

Netzwerk Solidarische Landwirtschaft



Gemeinschaftliche Möhrenernte

Foto: Kraiß

Kia Kaha – bleib stark

Dienstag, 9. Oktober, neunzehn Uhr: Ich kann endlich aufatmen. Der Weizen ist gesät, die Äpfel gepflückt und geschüttelt. Jetzt habe ich Zeit für die Frankfurter Buchmesse. Meine Tochter möchte auch mit. Ich greife zum Telefon und rufe in der größten unabhängigen Buchhandlung der Stadt an. „Gibt es noch Karten für die Fahrt zur Buchmesse am Samstag?“ „Wir haben noch zwei Karten“, antwortet der Buchhändler, „die müssten Sie allerdings abholen.“ Ich zögere. „Sie haben doch sicher in der Stadt zu tun?“, vermutet er. „Leider nicht“, ist meine Antwort. Der Buchhändler wird neugierig: „Arbeiten Sie nicht in der Stadt?“ „Ich bin selbstständig“, antworte ich, „wir haben Landwirtschaft.“ „Dann fahren Sie sicherlich Ihrer Tochter zuliebe zur Buchmesse“, unterstellt mein Gesprächspartner. „Ich lese und schreibe selber“, beteuere ich, „ich bin zur Schule gegangen!“ Zwecklos. Mein Buchhändler ist über



... aus Westfalen

siebzig und mit einer Bauerstochter verheiratet. Er kennt die Landwirte. Sie haben es nicht so mit Büchern. Viele Bauern-Klischees sind längst überholt und doch nicht kaputt zu kriegen. „I guess it's just eat, work, eat, work and sleep“, singt Mark Knopfler auf seinem neuen Album über das

Farmlernen, das er selber kennengelernt hat. Essen, Arbeiten und Schlafen. Ist das wirklich alles? Manchmal muss man schon ziemlich stark sein, um sich als Landwirt Zeit für andere Dinge zu nehmen. Wenn ich im Frühjahr auf Inline-Skates durch die Felder rolle und Berufskollegen treffe, die gerade pflügen oder Mais legen, rede ich mir selber gut zu: Was scheren dich die Kollegen! Du lebst dein eigenes Leben! Es gab Zeiten, da wäre ich lieber im Boden versunken.

Samstag, 13. Oktober, kurz nach sieben: Als unser Bus Richtung Frankfurt rollt, ist es noch dunkel. Vorsichtig schaue ich mich im Bus um und zähle: Knapp fünfzig Fahrgäste, davon fünfundvierzig Frauen. Und die Männer? Unwillkürlich fallen mir Anke Richters Geschichten aus Neuseeland ein. Vor allem eine: Die Freundschaft zwischen Ankes Mann und einem einheimischen Schreiner wird auf eine harte Probe gestellt, als der Neuseeländer erfährt, dass sein deutscher Freund im Sitzen pinkelt: Wie kann man nur so tief sinken? Anke Richter hat jede Menge Neuseeland-Geschichten auf Lager, denn sie ist mit der ganzen Familie nach Neuseeland ausgewandert. Ihre witzigen und lebendigen Berichte aus Christchurch erscheinen in der taz. Ich verschlinge sie. Seit ich gehört habe, dass die Autorin zur Buchmesse kommt, will ich auch hin. Was gibt es Spannenderes als die Menschen kennenzulernen, die hinter den Büchern stecken?

Samstag, 13. Oktober, vierzehn Uhr, Frankfurter Buchmesse, Halle 3.1: Ich kämpfe mich durch die Menschenmassen und entdecke Anke Richter im Gewimmel des engen Messestands der taz. Die Autorin bemerkt meinen Stalker-Blick sofort. „Ein Fan!“, stellt sie fest. Sie streckt mir ihre Hand entgegen und bittet mich, auf dem kleinen Schemel Platz zu nehmen. Während zwei Meter entfernt der taz-Cartoonist „c“-tom eine Zeichnung für meine Tochter macht, signiert Anke Richter mein Exemplar der neuen Taschenbuchausgabe ihres Buches „Was scheren mich die Schafe“. Ich stelle fest, dass wir beide in Köln aufgewachsen sind, beide am östlichen Stadtrand. Im Bus nach Hause versinke ich sofort zwischen den grünen Buchdeckeln. Ich lese und kapiere allmählich: Eigentlich spielt es gar keine Rolle, an welchem Ende der Welt man einen neuen Anfang macht. Entscheidend ist, dass man sich nicht unterkriegen lässt. Oder, wie die Neuseeländer sagen: Kia Kaha. Bleib stark. Anke Richter hat mir diesen Maori-Spruch ins Buch geschrieben. Kia Kaha. Ich glaube, für diese Widmung bin ich nach Frankfurt gefahren. Und ein bisschen natürlich für meine Tochter.

Ein Bauer (52) erzählt ...



Bäuerliche Landwirtschaft sichern

Auf die Bewegung kommt es an

Agrarpolitische Tagung und AbL-Bundes-Mitgliederversammlung 2012
vom 23. - 25. November 2012 in Altenkirchen

13.30 Uhr Gesellschafterversammlung AbL-Bauernblatt-Verlag
15.30 -17.30 Uhr Sitzung mit den AbL-Landesvorständen
19.00 Uhr Begrüßung AbL-Bundesvorstand und Auftaktdiskussion:

„Wir sichern die bäuerliche Landwirtschaft

Benedikt Haerlin, Zukunftsstiftung Landwirtschaft, Meine Landwirtschaft
Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, AbL-Bundesvorsitzender
Maria Heubuch, AbL-Bundesvorsitzende
Gertraud Gafus, stellv. AbL-Bundesvorsitzende
Friedrich Ostendorff, Mitglied im Deutschen Bundestag
Dr. Thomas Griese, Agrar-Staatssekretär in Rheinland-Pfalz
Henrik Maas, Junge AbL
Moderation: Ulrich Jasper

Samstag, den 24. November 2012 9.00 - 12.00 Uhr Diskussionsforen
I: Die Bedeutung von Arbeit und Fläche bei den Direktzahlungen

Josef Schmid, AbL Bayern
Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, AbL-Bundesvorstand
Moderation: Ulrich Jasper

II: Durch Bündelung der Milchmengen zu fairen Erzeugerpreisen?!

Rainer von Hößlin, Geschäftsführer Milchboard
Franz-Josef Dohle, Milcherzeugergemeinschaft Sauerland
Georg Martin, AbL-Bayern
Moderation: Sonja Korpeter

III: Schwein gehabt. Mehr Tierwohl für Tiere und für Bauern!

Eva Maria Görtz, Landesanstalt für Schweinezücht, BaWü
Eckehard Niemann, Bauernhöfe statt Agrarfabriken
Hugo Gödde, Neuland-Geschäftsführer NRW
Günter Völker, Sauenhalter aus Westfalen
Moderation: Bernd Schmitz, AbL-Bundesvorstand

IV: Bodenpolitik für eine bäuerliche Landwirtschaft

Jörg Gerke, AbL-Sprecher Ostdeutschland
Michael Beleites, Sachsen, Buchautor
Dr. Adalbert Schmidt, Evangelische Kirche Deutschland
Eberhard Prunzel-Ulrich, AbL-Landesvorstand Niedersachsen
Daniela Kersten, Rechtsanwältin aus Thüringen
Moderation: Berit Thomsen

V: Vieles hängt an der Bohne

Annemarie Volling, AbL, Gentechnikfreie Regionen in Deutschland
Phillip Brändle, Junge AbL
Peter Hamel, AbL Hessen, Glyphosat - Experte
Jan Wittenberg, Biolandbauer Niedersachsen, Sojaaufbereitung
Christoph Dahlmann, AbL-NRW-Projekt vom Acker in den Futtertrog
Moderation: Annemarie Volling und Christoph Dahlmann

VI: Energiewende: In Bürger- und Bauernhände oder für die Konzerne?

Bernd Voß, AbL-Bundesvorstand
Alfred Hauer, Bauer und Wind - Energiewirt aus der Eifel
Bernd Rosenbauer, Energiegenossenschaft mit Holzhackschnitzel in Lieberhausen
Martin Schulz, AbL, Klimafolgenkommission Niedersachsen
Moderation: Dieter Berg

VII: Aktionen 2013 für eine bäuerliche Landwirtschaft

Martin Hofstetter, GREENPEACE - Kampagner
Walter Mauk, AbL, Bayerisches Oberland
Henrik Maaß, Junge AbL
Jochen Fritz, Regine Holloh, Iris Kiefer, „Meine Landwirtschaft“
Gertraud Gafus, AbL-Bundesvorstand
Georg Janßen, AbL-Bundesgeschäftsführer
Moderation: Mute Schimpf, AbL-Bundesvorstand

14.15 Uhr Beginn der AbL-Bundes-Mitgliederversammlung 2012
14.15 Uhr Berichte und Aussprache
17.15 Wahlen zum neuen AbL-Bundesvorstand
17.45 Uhr Anträge

Teilnehmerbeitrag Agrarpolitische Tagung der AbL: 95,-Euro (inclusive Übernachtung und Verpflegung), Kinder bis 14 Jahre zahlen keinen Beitrag. Eine Kinderbetreuung wird angeboten. Gäste sind herzlich willkommen. (bitte ebenfalls anmelden).

Anmeldung bitte schriftlich bis 10. November 2012 an:

Georg Janßen, AbL-Bundesgeschäftsführer, Heiligengeiststr. 28, 21335 Lüneburg
Tel:04131-407757, Fax: 04131-407758 oder info@abl-ev.de

Agrarpolitische Tagung in Kooperation mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend im ländlichen Raum



Bäuerliche Landwirtschaft 2.0

Open Source und sozial vernetzt!

6. Tagung der jungen AbL
Vom 22.11.- 23.11.2012 in Altenkirchen

19.00 Uhr Begrüßung und Auftaktdiskussion

Wem gehört das Saatgut? Und wie erhalten wir die Vielfalt?

Gerhard Porz, IG Nachbau;
Georg Janßen, AbL Bundesgeschäftsführer;
Susanne Gura, Vorstand Dachverband Kulturpflanzen- und Nutztiervielfalt e. V.

Freitag, den 23.11.2012 ab 9.00 Impulsvorträge zu den Workshops

1. Gewaltfreie Kommunikation

Christa Gronow (freie Trainerin für GFK)

2. Internetnutzung für soziales Engagement

Albrecht Ude (puristischer Web-Entwickler)
Iris Kiefer, Kampagne Meine Landwirtschaft

3. Direktvermarktungsnetzwerk Landwerk

Benjamin Bauer (Initiator Landwerk)

11.00 Uhr Workshop-Phase 1
12.30 Uhr Mittagessen
13.30 Uhr Workshop-Phase 2
16.00 Uhr Vorstellung der Workshop-Ergebnisse
16.45 Uhr Abschlussrunde

Anmeldung zur jAbL-Tagung bei Henrik Maaß, Telefon: 0160-8217015
Organisatorisches zur Tagung und Mitgliederversammlung
Die Tagung führt die AbL zusammen mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend im ländlichen Raum durch. Die AbL bedankt sich für die Unterstützung!



Foto: Herzog

Tagungsort beider Tagungen:

Evangelische Landjugendakademie Altenkirchen/Westerwald
Dieperzbergweg 13-17

57610 Altenkirchen/Westerwald

T.-02681-9516-0, Fax: 02681- 70206www.lja.de

Organisatorische Leitung: Georg Janßen, Ulrich Jasper (AbL-Bundesgeschäftsführung)

Prinzessinnengärten

Vor drei Jahren entstand eines der vielleicht erstaunlichsten der neuen urbanen Gartenprojekte. Die „Prinzessinnengärten“ am Kreuzberger Moritz-Platz wurden schnell zu einer Art neuem Liebling der Nation. Nicht nur die Milcherzeuger BDM feierten dort das Abschlussfest ihrer sommerlichen Protestaktion 2011. Jetzt sind die Prinzessinnengärten dennoch gefährdet, dem Erdboden gleichgemacht zu werden. Die unüberlegte Liegenschaftspolitik der Städte im Krisen-Kapitalismus drängt zum Verkauf der Fläche. Das ist erstaunlich, handelt es sich doch um eines der, wenn nicht das erfolgreichste unter den Projekten der neuen urbanen Agrarkultur.

Im eigenen Buch „Prinzessinnengärten – Anders gärtnern in der Stadt“, erschienen bei Dumont in Köln 2012, versuchen die beiden Gründer Robert Shaw und Marco Clausen zusammen mit der engeren Schar ihrer ehrenamtlichen MitarbeiterInnen durch gegenseitige Interviews ein Resümee zu ziehen. Mitautorinnen Stefanie Müller Frank, Catherine McGuire, Lotte Letschert, Ellen Mey und Nicola van Velsen haben entweder die hübschen Pflanzenpastells zu den Kochrezepten geliefert oder

einander interviewt sowie bei Gestaltung und Redaktion mitgemacht. Ein Gartenbuch bei Dumont, das ist klar, besticht vor allem durch gelungene Fotografien. Und diese hat Marco Clausen vom ersten Tag des Projekts tatsächlich gemacht und in der Regel sofort ins Internet gestellt. Deshalb viele dieser postmodernen paradoxen Bilder nun fast republikweit bekannt sind. Ein Wendlandbauer aus dem Haus von gegenüber förderte als zugleich junger Berliner Unternehmer den Garten nicht nur durch eine Art Bürgschaft, sondern erlaubte auch den Blick von oben auf den entstehenden Brachen-Garten im „Dreiländereck“ zwischen Prinzen-, Oranien- und Prinzessinnenstraße.

Elisabeth Meyer-Renschhausen

Prinzessinnengärten – Anders gärtnern in der Stadt, mit Texten von Marco Clausen, Boris Friedewald, Ellen Mey, Stefanie Müller-Frank, Robert Shaw, Matthias Wilkens und Lisa Dobkowitz, Köln: Dumont 2012, 248 Seiten, zahlreiche Abbildungen, 29,95 €

Kurzes am Rande

Filmtipp:

Speed – Auf der Suche nach der verlorenen Zeit

Immer höher, schneller, weiter? Der Filmemacher begibt sich auf die Suche nach der verlorenen Zeit. Wo ist nur die Zeit geblieben, die wir mit neuen Technologien und Effizienzmodellen eingespart haben? Florian Opitz begegnet Menschen, die die Beschleunigung vorantreiben und solche, die sich trauen, Alternativen zur Rastlosigkeit zu leben. Er trifft Unternehmensberater und Akteure, die im internationalen Finanzmarkt aktiv sind, die an der Zeitschraube drehen – und er lernt Menschen kennen, die aus ihrem ganz privaten Hamsterrad ausgestiegen sind. Kein leichtes Unterfangen. Auf seiner Suche entdeckt er zum Beispiel bei Bäuerinnen und Bauern: Ein anderes Tempo ist möglich, wir müssen es nur wollen. Prädikat besonders wertvoll, unbedingt mal wieder ins Kino gehen und angucken. gj



Landpachtrecht

Dieses Buch enthält umfassende Kommentierungen und Erläuterungen für Pächter und Verpächter hinsichtlich einer eindeutigen, beiderseits interessengerechten und juristisch „wasserdichten“ Gestaltung im Pachtvertrag über Boden, Wirtschaftsgebäude, Lieferrechte, Zahlungsansprüche, Pachtzeit oder Kündigungsrechte – gerade auch unter Berücksichtigung betriebswirtschaftlicher und steuerlicher Erwägungen. Enthalten sind auch Musterverträge. Der aktuelle Kommentar wurde bearbeitet von den Rechtsanwälten Hubert Becker (Notar), John Booth, Andreas Dehne, Dr. Peter Fiedler (Notar), Ingo Glas, Dr. Thomas Hahn, Alexandra Hanssen, Wichard Graf von Hardenberg, Dr. Reinhard Mecklenburg, Franz-Christoph Michel m.sc. (Oxford) und Constanze Nehls. Der Kommentar erscheint im Verlag des Hauptverbands der landwirtschaftlichen Buchstellen und Sachverständigen e.V. (HLBS). en

HLBS-Kommentar: Landpachtrecht. BGB-Vertragsrecht / Landpachtverkehrsrecht, 1. Auflage 2012, 884 Seiten, HLBS-Verlag, Kölnstr. 202, 53757 St. Augustin, 02241-86617-52; ISBN 978-3-89187-072-3, Subskriptionspreis bis 31.10.2012: 68,00 €, danach 84,00 €.



Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe: 2012 2011 2010 2009 2008 2007 2006
22,- € 10,- € 10,- € 10,- € 10,- € 10,- € 10,- €

.....Expl. Nützt ja nix	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Aus dem Moor (erweiterte Neuauflage)	Stückpreis 11,- €
.... Expl. Ein Bauer erzählt, CD	Stückpreis 10,00 €
.... Expl. Schubkarrenrennen,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Nehmt und Euch wird gegeben	Stückpreis 27,40 €
.... Expl. Der Wollmützenmann,	Stückpreis 11,90 €
.... Expl. Matthias Stührwoldt live, CD,	Stückpreis 9,50 €
.... Expl. Verliebt Trecker fahren,	Stückpreis 9,90 €
.... Expl. Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag	Stückpreis 3,- €
.... Expl. Monsanto gegen Bauern (aktualisierte Auflage)	Stückpreis 3,50 €
.... Expl. Wege aus der Hungerkrise	Stückpreis 3,10 €
.... Expl. Linda und Konsorten	Stückpreis 14,90 €
.... Expl. was für'n schöner Scheiß, CD	Stückpreis 10,- €
.... Expl. König Silo, CD	Stückpreis 10,- € Neu!

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

(Klein) Anzeigen**Hof und Arbeit**

● Unseren vielfältig ausbaufähigen Nebenerwerbsbetrieb in ortsnaher All-einlage mit dem Schwerpunkt Freilandfleischschweine möchten wir jungen, ökologisch denkenden, kreativen Menschen anvertrauen. www.freilandhof-kaltenborn.de. ☎ 04871-8419

● Wir bieten einem GärtnerIn Haus und Grund auf Biohof Nähe Augsburg zum Gemüsebau. ☎ 08257-8672

Tiermarkt

● Verkauft laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

Baumschule PFLANZLUST

Ausgezeichnet mit dem Förderpreis Ökologischer Landbau 2010

Historische und bewährte Obstsorten für den Garten und die Landschaft

www.biobaumversand.de

**GRUNDSTÜCKE FÜR WINDENERGIEANLAGEN GESUCHT !**

Sichern Sie sich langfristig garantierte Pachteinnahmen bei weiterhin möglicher land- und forstwirtschaftlicher Nutzung!

wpd onshore GmbH & Co. KG

Bremen, Bietigheim-Bissingen, Erkelenz, Kassel, Potsdam

Telefon: 07142 / 77 81-0

akquise@wpd.de, www.wpd.de

**Chiemgau-Inn-Salzach Mitgliederversammlung**

Mittwoch, den 7. November 2012

um 19.30 Uhr in Frabertsham beim Gasthof Reiter

Mitgliederversammlung mit Rechenschaftsbericht, Neuwahlen, Berichten, Anträgen, Terminen. Im Anschluß daran ein Vortrag zum Thema:

Humus – unser aller Lebensgrundlage!

Referent: Josef Braun aus Freising.

Der Vortrag wird ergänzt von Simon Angerpoitner zum Thema: **Die Rolle der Bienen beim Humusaufbau.**

Alle AbL-Mitglieder und Interessierte sind herzlich eingeladen.

Auf Euer Kommen freuen sich: Hubert Hochreiter, Ute Gasteiger, Josef Grundner, Getraud Gafus, Albert Niedermayer, Sebastian Sonner, Hubert Breitreiter, Thomas Eicher.

DIE GRÜNE BUNDESTAGSFRAKTION LÄDT EIN:

NACHWACHSEN STATT WEICHEN

Landwirtschaftliche Existenzgründung und außerfamiliäre Hofübergabe als Alternative zum Höfesterben

Fachgespräch am 21.11., 14.00–18.00 Uhr im Deutschen Bundestag

u. a. mit Friedrich Ostendorff MdB, Christian Vieth (hofgruender.de), Christian Hiß (Regionalwert AG), Moritz Schäfer (jAbL)

INFOS UND ANMELDUNG:

GRUENE-BUNDESTAG.DE » NEWS » TERMINE



UNS GEHT'S UMS GANZE

Öko-Junglandwirte-Tagung

09. bis 11. November 2012, Hamburg
Bei Vorträgen von Fachleuten aus Praxis und Wissenschaft trifft die kommende Generation des biologischen Landbaus u.a. auf die führenden Vertreter der Bio-Branche.
Anmeldung bis 29.10. an: Stiftung Ökologie & Landbau, ☎ 06322 98970-0, www.soel.de

25 Jahre Bio-Ring Allgäu

10. November 2012, Kempten
Rückblick auf 25 Jahre Bio-Ring Allgäu mit reichem Bio-Buffer, viel Spaß und Tanz.
Empfang ab 19.00 Uhr, Beginn 20.00 Uhr im Haus Hochland, Prälät-Götz Str. 2 in Kempten, Anmeldung: Bio-Ring Allgäu, ☎ 0831-22790, Fax: -54021317, info@bioring-allgaeu.de

Energiewende im ländl. Raum

15. und 16. November, Göttingen
Herbsttagung der Agrarsozialen Gesellschaft
Anmeldung: ☎ 0551 49709-0, Fax: -16, karin.schaefer@asg-goe.de, www.asg-goe.de

5. Konferenz der Gentechnik-freien Regionen am Bodensee

15./16. Nov., Vorarlberg/Österreich
Anmeldung: Bildungshaus St. Arbogast, arbogast@kath-kirche-vorarlberg.at, ☎ 0043 (0)55 23/6 25 01-28, Fax: -32, www.arbogast.at
Infos zum Programm: -Akademie, Ernst Schwald, Simone König, ☎ 0043 (0)5572 33064; www.bodenseeakademie.at

Film: Raising Resistance

18./20. November 2012, Hennef
Es geht um Gen-Soja, den verlorenen Wald, um Kleinbauern und Landlose, um Saatgutmultis, industrielle Landwirtschaft. Es geht um Alternativen und Veränderungen. Begleitung: Steffi Holz, Ethnologin und freie Journalistin, und Bernd Schmitz, AbL.
Sonntag (18.11.) um 17.30 Uhr, Dienstag (20.11.) 20.15 Uhr, Kur-Theater Hennef. www.raising-resistance.com

Agrogeotechnik

Die schleichende Vergiftung unserer Nahrung – mit Anja Sobczak

vom Umweltinstitut München.
19. November 2012, Hamburg: 19.00 Uhr im R-Steiner-Haus, Mittelweg 11-12, 20148 Hamburg; -Initiative gt-freie Region Hbg, ☎ 040-73712171
20. November 2012, Pinneberg: 19.30 Uhr im VFL-Heim Fahltskamp 53, 25421 Pinneberg; BUND Kreisgruppe Pinneberg, ☎ 04121-2624974
21. November 2012, Kiel: 19.30 Uhr im Kieler Rathaus; Bioland SH u. Landeshauptstadt Kiel, ☎ 0431-9013765

Nur eine nachhaltige Landwirtschaft sichert unsere Zukunft

21. November 2012, Traunstein
Vortrag von Prof. Hubert Weiger, BUND
Beginn 19.30 Uhr, Rathaussaal Traunstein, AbL Chiemgau-Inn-Salzach

Tagung der Jungen AbL

22./23. Nov., Altenkirchen
Programm siehe Seite 20

Tagung und AbL-Bundesversammlung

23./24. Nov., Altenkirchen
Programm siehe Seite 20

Vielfalt in der Landwirtschaft

22. November 2012, Bad Boll
Zur Erhaltung der Agrobiodiversität muss es besser gelingen, den Wert dieser Vielfalt für den ländlichen Raum in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht deutlich zu machen.
Kontakt: Gabriele Blümlin, BLE, ☎ 0228 6845-3244; Beate Arman, Land-Frauenverband Württemberg-Baden, ☎ 0711 248927-21. Zimmerreservierung in der Ev. Akademie Bad Boll: ☎ 07164790

Mit Essen zockt man nicht!

23. Nov, Uni Hohenheim, Stuttgart
Vortrag und Diskussion mit Harald Schumann, Journalist, und Dr. Volker Petersen, Raiffeisenverband.
19.00 Uhr in der Universität Hohenheim, Katharinasaal / Euroforum
24.11. Seminar mit H. Schumann 9.00 bis 13.00 Uhr im HS 10 Uni Hohenheim, Schloss Osthof Süd
Kontakt: Ev. Bauernwerk in Württemberg, 07942 107-0

Bio-Landbau und Tierhaltung

27./29. Nov., Haus Düsse (NRW)
Kompaktseminar für Einsteiger
Infos: www.oekolandbau.nrw.de, Georg Pohl, ☎ 0221-5340-272, Anmeldung: Bioland Tagungsbüro, ☎ 04262 9590-70

Hohebucher Bus

Bauern, Betriebsleiter, Bäuerinnen Unternehmer Schulung
27. und 28. November 2012, Hohebuch: *Ich als Mensch und Unternehmer*
08. und 09. Januar 2013 (Di/Mi): *Mein Unternehmen*
29. und 30. Januar 2013 (Di/Mi): *Kommunikation und Beziehungen*
26. und 27. Februar 2013 (Di/Mi): *Meine Vision und Ziele*
Informationen und Anmeldung bei: Evang. Bauernwerk in Würt., Veronika Grossenbacher, ☎ 07942 107-12, www.hohebuch.de

FOOD CRASH

28. November 2012, Ulm
Wir werden uns ökologisch ernähren oder gar nicht mehr mit Referent: Felix Prinz zu Löwenstein, BÖLW
Vortrag 19:30 Uhr, Kleiner Ökomarkt ab 18 Uhr, Haus der Begegnung Ulm, Grüner Hof 7, 89073 Ulm, ☎ 0731 92 000-0, Fax: -20, www.genfrei-uhl.de

Erwartungen an die EU-Agrarpolitik?

29. November 2012, Traunstein
Vortrag mit Lutz Ribbe, EURONATUR
Beginn 19.30 Uhr, Rathaussaal Traunstein, Kontakt: AbL Chiemgau-Inn-Salzach

Demo: Keine Patente!

30. November 2012, München
Gemeinsam blasen wir der Gentechnik-Industrie den Marsch: Demo gegen Patent auf konventionell gezüchtete Tomate.
ab 11 Uhr am Odeonsplatz, Abschlussaktion 13 Uhr Eur. Patentamt in München, Erhardtstr., Kontakt: AbL

Sortenschutzgesetz

04. Dezember 2012, Mertesdorf
Wie geht es weiter mit der Nachbauregelung beim Saatgut? Referent: Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der AbL und der IG Nachbau.
20 Uhr, Hotel Weis, Mertesdorf.

Food-Crash

04. Dezember 2012, Traunstein
Vortrag von Felix Prinz zu Löwenstein, BÖLW, zu Welternährung in Zeiten von Klimawandel und globaler Ressourcenkrise
Beginn 19.30 Uhr, Rathaussaal Traunstein, Kontakt: AbL Chiemgau-Inn-Salzach

„Schweiz oder Kasachstan“

11. Dezember 2012, Weimar
Michael Beleites stellt sein Buch vor zur Entwicklung ländlicher Räume in Sachsen.
19.00 Uhr im Jugend und Kulturzentrum „Mon ami“, Goetheplatz 11, 99423 Weimar

**Niedersachsen-Bremen öffentl. Herbsttagung**

Sonntag, den 4. November 2012
im Landhof, Wildpark 1, 27389 Lauenbrück

Intensivierung in der Landwirtschaft - opfern wir unsere Bodenfruchtbarkeit ?

10 Uhr Vorträge und Diskussion mit:

Dr. Harald Schmidt, Stiftung Ökologie & Landbau
Albrecht Kieser, Journalist der Sendung „Bodenlos - droht dem Acker die Verwüstung?“ (angefr.)

14 bis 16 Uhr Infos & Gespräche: Demo Hannover 10.11., Bodenverkehrsausschüsse, BVVG, Anträge Agr.min. konferenz, Bundes-MV, nds. Eiweißprojekt, Gentechnik und was uns sonst noch so bewegt.

Anreise mit dem Zug: Bhf Lauenbrück, Fußweg ca. 10 Min., wg. Transfer rechtzeitig melden bei Gernot von Beesten, Tel: 04267-775, holderhof@dgn.de

DEMONSTRATION

Samstag • 10.11.2012 • Hannover

11 Uhr Treffen am Steintor
12 Uhr Trecker- und Demonstrationszug
13 Uhr Kundgebung auf dem Opernplatz

**Bürger und Bauern gemeinsam für
eine neue, faire Agrarpolitik
in Niedersachsen**



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband u. Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, Fax -61, neulandhof-schulz@gmx.de
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje.@t-online.de
Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com
Südnnds.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de
Weser-Ems: Ernst Steenken, Tel. 04482-660, steenken@ewetel.net

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel. 05484/657
Westmünsterland: Martin Ramschulte, Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de
Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingerode@t-online.de
Henrik Maaß, Tel.: 05542-500267, Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de; Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Frieder Thomas, Tel: 07531/2829391, thomas@abl-ev.de
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584
Bodensee: Anneliese Schmech, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654
Geschäftsstelle: Gertraud Gafus und Andrea Eiter; Abl-Bayern Irlberg 41 83454 Anger Tel.: 08656-393; Internet: www.abl-bayern.de Mail: abl-bayern@web.de
Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635
Land an Rott und Inn: Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725/304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de
Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; abllallgaeu@gmx.de
Oberland: Elisabeth Friesenegger, Tel.: 08158-8486, lisi.friesenegger@googlemail.com, Josef Lindauer, Tel.: 08803-488446, Fax.: 08803-9009562; e-mail: Martha_Lindauer@web.de
Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480
Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel Tel. 08083 641, bagrei@gmx.de
Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Armin Hartleitner, 0175-72 550 12, armin.hartleitner@ziertheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Peter Hettlich, Markt 7, 04109 Leipzig, Tel: 0341-2253789, mobil: 01520/6479156, Fax: 0341-1494963, e-Mail: peter.hettlich@t-online.de
Thüringen: Michael Grolm, Tel: 036450-446889; Volkmar Voigt, Tel: 036694-36250; Claudia Gerster, Tel: 034465-21005; Frank Neumann, Tel: 036623-23737



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de
Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft
Julia Frenzel, Tel: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:
Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298;
Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3079

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:
Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken
Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, E-Mail: eckehard.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annemarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg
Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:

Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587



Mitgliedsantrag Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der Abl werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 95,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 130,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 40,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 65,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abl weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Discrete Farms

Seit dem 14.09. zeigt das Edith-Russ-Haus für Medienkunst in Oldenburg eine Ausstellung von Ute Hörner und Mathias Antlfinger über ihre Auffassung des Technologie-Standortes Deutschland und der dazugehörigen Nahrungsmittelindustrie. Für einen tierhaltenden Landwirt wie mich war der Titel der Ausstellung „Discrete Farms – Irgendwo muss das Fleisch ja herkommen“ schon spannend, denn ich wollte schon immer mal wissen, wo unser Fleisch herkommt. Gleich beim Betreten der Ausstellungsräume springt eine Couch ins Auge, aus dessen Lederbezug ein Kalb genäht wurde, welches auf dem „nackten“ Sofa liegt. Spannende Idee – leider fast die Einzige. Ansonsten wird in Filmen und Animationen die niedersächsische Tierhaltung in Bezug auf das Verhältnis zwischen Mensch und Tier angeprangert. Hierbei dienen zwei lebensgroße Handpuppen in Hasenform als Moderatoren und Diskussionspartner, wobei sie sich doch einig sind, dass die momentane Tierhaltung zur Erzeugung von Nahrungsmitteln weder transparent noch tiergerecht sei und bei den Tieren nur Qualen entstehen. Alternativen



Zwei Hasen erklären die Welt



Kalb, was Sofa war, wird wieder Kalb

Fotos: Hörner/Antlfinger

zum Fleischkonsum werden besprochen und erläutert. Im Gegensatz zu den üblichen Schockbildern wird ironisch die Vorstellung des ländlich idyllischen Betriebs im Vergleich zur Massentierhaltung gebracht, die nach Meinung der Künstler allübergreifend ist. Als aktiver Landwirt ist es für mich nicht sehr leicht, sich für die Ausstellung zu begeistern, weil die Recherche anscheinend doch stark einseitig ausgelegt war

und hierbei die Bauern als Marionetten der Lebensmittelindustrie zur bösen Seite der Macht gehören. Im weiteren Verlauf der Ausstellung wird auf andere Beispiele zwischen Technologie und Natürlichkeit hingewiesen und was der Mensch schon so alles verursacht und falsch gemacht hat und wovon die Menschen sich beeindruckt und ablenken lassen. Im Rahmenprogramm sind ausgestellte Positionen der aktivistischen Praxis veganer Lebensweise im Zusammenhang mit der Tierhaltung im Oldenburger Raum zu sehen und auch die kritisierten „Fleischfabriken“ sind hier aufgeführt. Auch wenn die Ausstellung, die noch bis zum 25. November geöffnet hat, und ich nicht immer einer Meinung über die Erzeugung von tierischen Lebensmitteln sind, so hat sich die Fahrt nach Oldenburg doch für mich gelohnt. Ich konnte Paulina besuchen, die Tochter meines Cousins, zu diesem Zeitpunkt gerade 14 Tage alt und für mich wurde klar, dass es Wichtigeres gibt als Kunst. *jm*

unabhängige bauernstimme: Auch mal indiskret

11/2012

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

 Name, Vorname Name, Vorname

 Straße Straße

 PLZ, Ort PLZ, Ort

 evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

 Unterschrift der Abonnettin / des Abonnetten Datum Beruf
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
 oder Fax 02381 / 492221